

PALÄSTINA-INFO
SPEZIAL

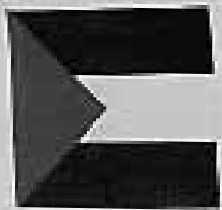
Israels Rüstungs- und Sicherheitsindustrie

A photograph of a large, multi-stage rocket being launched from a mobile launcher vehicle. The rocket is positioned vertically, and a massive plume of fire and white smoke billows from its base, obscuring the lower part of the vehicle. The rocket itself has a grey body with a red stripe near the top. The background is a clear, light blue sky.

Palästina-Solidarität
Region Basel
in Zusammenarbeit
mit BDS Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Israels Rüstungs- und Sicherheitsindustrie <i>Agnes Küng</i>	5
Politische Bedeutung des europäischen Waffenhandels mit Israel <i>Shir Hever</i>	11
Die militärische Komplizenschaft Schweiz–Israel <i>Hanspeter Gysin</i>	15
Chronologie der militärischen Zusammenarbeit Schweiz–Israel	18
Die langjährige Waffenbrüderschaft zwischen Israel und dem Apartheidregime in Südafrika <i>Peter Haenger</i>	22
„Das Labor“: Israel erprobt Waffen und Taktiken an ausgelieferter palästinensischer Bevölkerung <i>Jonathan Cook</i>	28
Tödliche Flugobjekte <i>Anne Grobet</i>	32
Aufruf der palästinensischen BDS-Kampagne zur sofortigen Verhängung eines umfassenden militärischen Embargos gegen Israel	35



HALTE à la COLLABORATION MILITAIRE SUISSE - ISRAËL

Co
Ur
Pa

Editorial

Vor acht Jahren forderte ein breites Bündnis an Gruppen ein Ende der Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit den Ländern des Nahen Ostens und die Sistierung von Rüstungskäufen aus Israel. Die Petition wurde im Herbst 2005 mit 14 000 Unterschriften eingereicht. Erneut stehen zwei geplante Rüstungskäufe des Bundesrates in der Kritik: der Ankauf neuer Kampffjets, gegen den eine Reihe von Parteien und Organisationen das Referendum ergriffen haben (der Unterschriftenbogen liegt bei), und der für das Rüstungsprogramm 2015 vorgesehene Kauf neuer Drohnen aus Israel, gegen den BDS Schweiz und andere Organisationen eine Petition lanciert haben.

Seit 2005 hat sich im Nahen Osten und im arabischen Raum viel verändert. Trotz widersprüchlichen, noch lange nicht abgeschlossenen Entwicklungen ist zweifellos eine Stärkung demokratischer Protestbewegungen von unten zu beobachten. In Israel ist von einer Verbesserung der Situation aber nichts zu spüren. Die Dynamik der militärischen Repression und der kolonialen Expansion bleibt alarmierend. Während die palästinensische Bevölkerung insbesondere in den besetzten Gebieten an jeder wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gehindert wird und die Armut grassiert, wie nicht zuletzt Berichte der Weltbank unmissverständlich zeigen, boomt in Israel seit rund zehn Jahren die

Rüstungs- und Sicherheitsindustrie. Jeder neue Krieg, beispielsweise gegen den Gazastreifen, aber auch Militärschläge gegen Nachbarländer lassen die Kassen klingeln und spülen neue Aufträge in staatliche und private Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen.

Die vorliegende Sondernummer des Palästina-Infos widmet sich dieser aufstrebenden Wirtschaftsbranche. Neben Artikeln zur Dimension der israelischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie und der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel befassen sich zwei Gastbeiträge mit der politischen Brisanz und Besonderheit dieses Industriezweiges: Israel spezialisiert sich zunehmend auf Technologien und Taktiken der asymmetrischen Überwachung und Unterdrückung einer weitgehend schutzlosen Bevölkerung. Und die israelischen Rüstungs- und Sicherheitsprodukte finden gerade deshalb in aller Welt – auch in der Schweiz – reissenden Absatz, weil sie zuvor unter Realbedingungen an der palästinensischen Bevölkerung getestet werden.

Ein weiterer Beitrag befasst sich mit den aus völkerrechtlicher Sicht ungelösten Fragen, die mit dem Einsatz von Drohnen in der Grauzone zwischen militärischer und sogenannt ziviler Nutzung aufgeworfen sind.

Eine Buchbesprechung thematisiert das düstere Kapitel der militärischen Kooperation zwischen Südafrika unter der Apartheid und Israel – ein Thema, das auch für die Schweiz aktuell ist, wenn man bedenkt, dass Schweizer Banken und Industrie das Apartheidregime

Bild: Palästina-Veranstaltung am Schweizerischen Sozialforum in Freiburg, 21.9.2003 (v.l. Pierrette Iselin, Isabelle Avran, Ilan Pappé, Urs Diethelm)



Einreichung der Petition gegen Rüstungszusammenarbeit mit Ländern im Nahen Osten, 30.9.2005

bis zuletzt unterstützt haben. Viele entsprechende Archive werden nach wie vor unter Verschluss gehalten. Wer weiss, vielleicht wird es schon in wenigen Jahren eine Studie des Nationalfonds zur Komplizenschaft der Schweiz gegenüber dem israelischen Apartheidregime geben.

Das Kapitel zu den Bankgeschäften verspricht auch hier Spannung: Die Schweizer Privatbank Julius Bär hat diesen Sommer keinen Geringeren als den früheren israelischen Regierungschef und Verteidigungsminister Ehud Barak, der über ausgezeichnete Beziehungen zur Rüstungsindustrie verfügt, als Berater für ihren israelischen Standort engagiert.

Die Forderungen aus dem Jahr 2005 haben also nichts an Aktualität eingebüsst. Die Menschenrechtslage ist in den meisten arabischen Ländern trotz Umwälzungen nach wie vor düster. Und was Israel betrifft, sind laut Völkerrecht alle Staaten verpflichtet, die durch die israelische Politik entstandene Unrechtssituation nicht anzuerkennen und alles zu tun, um von Israel die Einhaltung des Völkerrechts zu verlangen.

Mit der vorliegenden Sondernummer hoffen wir, gute Argumente zu liefern, warum in diesem Sinne auf jegliche militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Israel verzichtet werden muss, solange Israel grundlegende Menschenrechte und das Völkerrecht missachtet. Die Diskussion über die Beschaffung der Drohnen wird 2014 im Parlament geführt, die Referendumsfrist für die Beschaffung von Kampffjets läuft bis 14. Januar 2014. Jede Unterschrift gegen die geplanten Rüstungskäufe ist weiterhin willkommen.

Gerne stellen wir Interessierten weitere Exemplare dieser Sondernummer zum Selbstkostenpreis zur Verfügung.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Wie immer sind wir dankbar für alle bisher eingegangenen und in Zukunft eingehenden Spenden. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass wir mit unserer unentgeltlichen Arbeit eine breitere Öffentlichkeit erreichen können!

Bankverbindung

Postfinance-Konto Nr. 40-756856-2
Palästina-Solidarität Region Basel,
PF 4020, 2004 Basel

IBAN: CH31 0900 0000 4075 6856 2

BIC: POFICHBEXXX

PostFinance AG, Mingerstrasse 20, CH-3030 Bern



Israels Rüstungs- und Sicherheitsindustrie

„Israeli products are usually battle-tested and adapted and improved according to real-time feedback from results in the field.“ (Israelisches Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit)

Israel spielt seit über 60 Jahren die Hauptrolle in einem bewaffneten Konflikt im Nahen Osten, dem Zentrum globaler Geopolitik, der bedeutende Auswirkungen auf die regionale und globale Stabilität hat. Das machte Israel zu einem der am stärksten militarisierten Staaten der Welt, der heute führend in der Entwicklung und Produktion hoch entwickelter Technologien in der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie ist. Diese verschlingen einerseits viel Geld, andererseits stellen sie durch den Verkauf der dabei errungenen Erkenntnisse und Produkte aber auch eine ständig sprudelnde Quelle des Profits dar.

Agnes Küng

Der fortwährende Kriegszustand Israels, die Besetzung palästinensischen Gebiets und der syrischen Golanhöhen, die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und deren Überwachung in ihren „Gettos“, der Bau der Mauer, die „Verwaltung“ des kontinuierlich hohen Anteils an palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen, der Betrieb Hunderte von Checkpoints, die Überwachung der Grenzen bedeuten eine Fokussierung der israelischen Politik auf die militärischen Industrie- und Forschungsbereiche. Die nunmehr seit Jahrzehnten von Israel praktizierte Politik der Expansion, Aggression, Vertreibung und Unterdrückung verletzt grundlegende Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht und stellt laut Römer Statut der Genfer Konventionen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Die meisten Regierungen nehmen

dies entweder schweigend hin oder geben bei erneuten Attacken Israels und beim weiteren Ausbau der illegalen Siedlungen der Form halber dürftige Kommentare ab. Gleichzeitig werden eifrig die allerneuesten Waffen und Sicherheitssysteme aus Israel gekauft. Dass sich diese Länder dabei zu Komplizen der israelischen Unterdrückungspolitik machen und ausserdem ihre eigenen Gesetze übertreten, wird geflissentlich übersehen. Aussenpolitik ist Realpolitik. Nüchternes Eigeninteresse steht dabei im Vordergrund, moralische Überlegungen würden da nur das Geschäft behindern. Wer verfügt in der heutigen Zeit der Migrationsströme und der potenziellen sozialen Unruhen über mehr Erfahrungen in der Überwachung und Einschüchterung von Millionen von Menschen als Israel? Wo sonst sind solche hoch entwickelten, besonders für die asymmetrische Kriegsführung

geeigneten, über viele Jahre im Kampf erprobten Waffen- und Sicherheitssysteme erhältlich als in Israel?

Palästinensische Gebiete als Versuchslabor

Den Preis für diese unhaltbare Situation bezahlt vorerst vor allem die palästinensische Bevölkerung, die in den besetzten palästinensischen Gebieten mehr und mehr zu Versuchskaninchen im israelischen Labor für die Prüfung von Waffen und Taktiken zur Personenkontrolle und Aufstandsbekämpfung geworden sind. Letztere können dann mit Gewinn ins Ausland exportiert werden. Und dort, also auch bei uns, besteht, entgegen der allgemeinen Annahme, keinesfalls die Absicht, diese ausgeklügelte Technologie lediglich zur Abwehr einer allfälligen Gefahr von aussen zu verwenden, sondern sie, falls es für nötig befunden wird, auch gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Damit sind früher oder später auch die Bürgerrechte bei uns in Gefahr. Das Schüren von Angst gegenüber dem Fremden wird von gewissen Kreisen dazu benützt, um die Ausgaben für Militär, Polizei und private Sicherheitsunternehmen ohne grossen Widerstand zu erhöhen. Der vorliegende Artikel möchte auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen, einzelne Aspekte der israelischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie beleuchten und auf deren vielfältige Beziehungen mit internationalen staatlichen wie auch privaten Geschäftspartnern hinweisen.

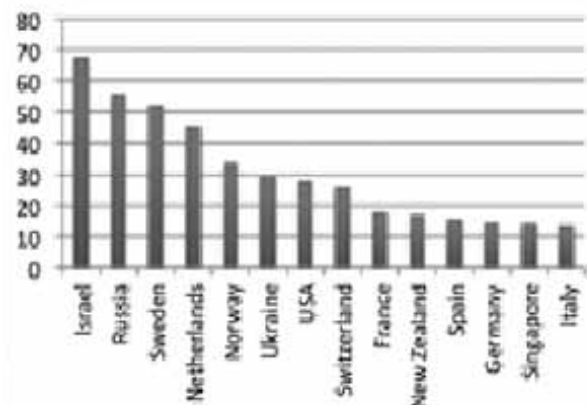
Israels Militär- und Sicherheitsökonomie

Israels Rüstungsindustrie entstand bereits vor der Staatsgründung mit den 1933 ins Leben gerufenen Israeli Military Industries (IMI), die damals eine Produktionsstätte für die Herstellung von Kleinwaffenmunition für die jüdischen Untergrundmilizen waren und heute noch unter gleichem Namen als eine der grössten staatlichen Rüstungsfirmen existieren. Inzwischen gibt es etwa 450 Militär-, Luft- und Raumfahrt- sowie Sicherheitsfirmen in Israel, deren Absatz das Friedensforschungsinstitut SIPRI für 2011 auf etwa 11 Mrd. Dollar schätzt. Sie produzieren die ganze Palette militärischer Produkte, angefangen von Munition, Gewehrgranaten, Mörser- und Streubomben, Artillerieraketen, Trägerraketen, Kleinwaffen, Artilleriegeschützen, Panzern, Flugzeugen, Patrouillen- und Raketenbooten, Roboterfahrzeuge, Drohnen bis zu hoch entwickelten optischen und elektronischen Systemen für den Betrieb

und die Steuerung all dieser Geräte, für Radar, Simulatoren, Kommunikation, Satelliten, für Überwachung und Kontrolle. Zu den wichtigsten Rüstungs- und Sicherheitsfirmen gehören die staatlichen Israel Aerospace Industries (IAI), die bereits erwähnte Israel Military Industries (IMI), die Rafael Armament Development Authority, aber auch private Firmen wie Elbit Systems und EMIT Aviation. Die israelische Militärindustrie beschäftigt etwa 50 000 Personen und stellt einen äusserst wichtigen ökonomischen Faktor für Israel dar.

Israel hat nach Saudi-Arabien (8,4%) eines der weltweit höchsten Militärbudgets, gemessen am BIP. Dieses belief sich im Jahr 2011 auf etwa 13 Mrd. Dollar, was 6,8% des BIP entspricht, wovon ca. 1,5% durch die Militärhilfe aus den USA abgedeckt werden (zum Vergleich: Militärausgaben der USA 4,3% und Grossbritanniens 2,5% des BIP, globaler Durchschnitt 2,5%). Dazu kommen noch Ausgaben von etwa 12,3% des BIP für Sicherheit, Polizei, Unterhalt der Gefängnisse etc.

Exports Per Capita



Pro-Kopf-Exporte gemäss SIPRI Trend Indicator Value 2012, Quelle: GSoAa <http://www.gsoa.ch/themen/kriegsmaterial-exporte/02030/schweiz-weltweit-top-8-beim-waffenexport/>

Die Entwicklung einer ausgeklügelten Rüstungsindustrie stimulierte zwangsläufig die Exporte. 2007 war Israel für 10% der globalen Waffenexporte verantwortlich. Das Land kann gegen einige der grössten Rüstungsunternehmen der Welt konkurrieren. Was den Anteil der exportierten Waffen pro Einwohner betrifft, liegt Israel inzwischen weltweit an der Spitze (siehe Grafik). Im Jahr 2010 beliefen sich die Exporte auf etwa 7,2 Mrd. Dollar, zwischen 10% und 15% aller israelischen Exporte. Dazu kommen noch die Exporte der sog. „nicht militärischen“ Luftfahrt- und Sicherheitsindustrie von etwa 3 Mrd. Dollar.

Waffengewalt im Dienst von Apartheid und Kolonialismus

Ein bedeutender Teil der israelischen Rüstungsgüter wird jedoch im Land selbst gegen die palästinensische Bevölkerung und Widerstandskämpfer eingesetzt, die als Terroristen gelten, so beispielsweise bei der Besatzung des Westjordanlands und des Gazastreifens sowie bei der Überwachung an der Apartheid-Mauer und den Checkpoints. Die Stärke des „Verteidigungssektors“ ist von entscheidender Bedeutung für den israelischen Staat, um seine militaristische Politik aufrechterhalten zu können. Die alltägliche Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung Ostjerusalems und des Westjordanlands, die Attacken auf den Gazastreifen ergeben dabei, wie eingangs erwähnt, ein gutes Testfeld für die Entwicklung einer zunehmend spezialisierten Ausrüstung. Diese wird von den israelischen Rüstungsfirmen auf ihren Webseiten und an internationalen Rüstungsmessen, notabene oft mit ehemaligen IDF-Soldaten und -Offizieren als Verkäufern, ungeniert als im „Kampf erprobt“ angepriesen. Die Rechnung geht offensichtlich auf: Nach jedem von Israel initiierten Krieg und nach jedem Angriff auf den Gazastreifen boomt die Produktion von Waffen wie auch deren Export. So haben sich die Militärexporte in den letzten zehn Jahren, insbesondere im Kontext des internationalen „Kampfs gegen den Terror“, verdreifacht, und Israel ist laut aktuellen Einschätzungen zum viert- bis sechstgrößten Waffenexporteur weltweit aufgestiegen. Für das Auffüllen der heimischen Waffendepots nach einem Waffengang Israels sind die USA stets bereit, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Israels Rolle in der weltweiten Repression

Aber nicht nur Waffenproduktion und -export nehmen nach einem Kampfeinsatz Israels rapide zu. Die tägliche Praxis der israelischen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten ermöglicht eine fortwährende Weiterentwicklung der Überwachungstechnologie und Verfeinerung der Taktiken zur Personenkontrolle. Auch diese Geräte und Trainingsmethoden finden in vielen Ländern reissenden Absatz. Begonnen hat diese Entwicklung aber nicht erst gestern. Laut einem aktuellen Bericht von IJAN (International Jewish Anti-Zionist Network) lieferte Israel bereits seit seiner Staatsgründung 1948 die entsprechenden Technologien sowie das dazu erforderliche Training in alle Welt und unterstützte



Sicherheitseinrichtung des israelischen Gefangenenlagers Eshel im Negev

damit nicht nur repressive Regimes, sondern torpedierte gleichzeitig auch zahlreiche Volksbefreiungsbewegungen. Eines der aktuelleren Beispiele diesbezüglich ist die massgebliche Beteiligung der israelischen Rüstungsfirma Kollmanns, einer 100%igen Tochter von Elbit Systems, am Bau eines Grenzzaunes zwischen den USA und Mexico.

Die Geschichte des Wachstums des israelischen militärischen Bereichs ist verbunden mit dem Mythos der kleinen Nation, die an allen Fronten kämpfen muss, um überleben zu können. Israel wurde jedoch selten gezwungen, sich zu verteidigen. Vielmehr hat sich das Land oft von sich aus dazu entschieden, zu kämpfen. Seine Staatsdoktrin ist eine der Aggression, der ethnischen Säuberung und der Expansion. Israel hat sich dadurch zu einer der weltweit am stärksten militarisierten Gesellschaften entwickelt und kann heute als Festungsstaat bezeichnet werden, der sich nach allen Seiten abschottet. Nicht ohne Grund bezeichnen selbst israelische Wissenschaftler Israel nicht als Staat mit einer Armee, sondern als Armee mit einem Staat (u.a. Ilan Pappé im Artikel „Disarm Israel“ vom 28.7.2009). Damit hat sich die frühe Prognose von Sir Thomas Rapp, dem Leiter des britischen Büros für den Mittleren Osten in Kairo und Berater der Britischen Regierung in Sachen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Israel, bewahrheitet: „Die jüngere Generation wird in einer Umgebung des Militarismus erzogen. Dadurch wird eine ständige Bedrohung für den Frieden im Mittleren Osten geschaffen, sodass Israel dazu tendiert, sich weg von der demokratischen Lebensweise in Richtung Totalitarismus [...] zu bewegen.“

(Public Record Office, Foreign Office Files 371/82179, E1015/119, Brief an Ernest Bevin, brit. Aussenminister, 15.12.1950).

Beteiligung israelischer Universitäten

Die israelische Waffen- und Repressionsindustrie ist jedoch nicht auf sich alleine gestellt, sondern eng mit staatlichen Institutionen wie Armee, Politik, Geheimdiensten, Universitäten, privaten Unternehmen, weltweiten zionistischen Organisationen und internationalen Banken verbunden. Die älteste Universität Israels, das Technion in Haifa, hat beispielsweise einen Caterpillar D-9-Bulldozer für die israelische Armee (IDF) weiterentwickelt, um bei der Zerstörung palästinensischer Häuser einsetzbar zu sein. Zudem hat sie ein Kooperationsabkommen mit der staatseigenen Rüstungsfirma Rafael Armament Development Authority abgeschlossen. IDF-Reservisten erfahren beim Studium spezielle Vorteile; Masterarbeiten, die sich mit militärischen Themen befassen, werden besonders gefördert; ehemalige Studenten des Technions dienen in der Armee fast ausschliesslich in Kaderpositionen. Das Technion arbeitet ebenfalls eng mit der staatlichen Rüstungsfirma IAI sowie Elbit Systems zusammen und erhält von diesen Partnern grosszügige finanzielle Unterstützung. Oft sitzen dieselben Personen gleichzeitig oder nacheinander in wichtigen Positionen dieser Firmen, der Regierung, der Verwaltung, der Armee und der Universitäten. Alle Universitäten und Forschungsinstitute in Israel sind in der einen oder anderen Weise mit der israelischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie verbandelt und gehören nicht nur zu den Profiteuren von Besatzung, Unterdrückung und Apartheid, sondern sind Komplizen der an der palästinensischen Bevölkerung begangenen Verbrechen. Sie beliefern die Repressionsindustrie in voller Kenntnis der Sachlage mit Forschungserkenntnissen, Technologie, Argumenten und Kaderleuten.

Internationale Kooperationen

Obwohl Israel mit seiner immensen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie grösstenteils selbst für die Herstellung seiner militärischen Ausrüstung sorgt, ist das Land finanziell auf ausländische Unterstützung angewiesen. Diese kommt in erster Linie in Form von Militärhilfe aus den USA (2012 ca. 4 Mrd. Dollar, u.a. für das Raketenabwehrsystem Iron Dome), sodass Israel auf der Liste der grössten Empfänger ausländischer Hilfe weltweit den



ersten Platz einnimmt. Insgesamt haben die USA Israel zwischen 1973 und 2008 mit über 200 Mrd. Dollar an Militärhilfe unterstützt. Diese ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg nicht nur der israelischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie, sondern der israelischen Repressionspolitik überhaupt.

Die USA stehen nicht alleine am Pranger. Auch die EU spielt bei der Unterstützung des israelischen Systems der Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung eine massgebliche Rolle. Einerseits lieferte sie zwischen 2003 und 2008 für eine Mrd. Euro Waffen nach Israel und verletzt damit eigene Gesetze. Andererseits ist Israel der wichtigste ausländische Partner des EU-Rahmenprogramms für wissenschaftliche Forschung und erhielt in diesem Rahmen zwischen 2007 und 2013 einen Beitrag von 53 Mrd. Euro. Unter dem Vorwand des Kampfs gegen den Terrorismus hat die EU vor einigen Jahren entschieden, dass sich auch Rüstungsunternehmen für Gelder zur Erforschung der Erhöhung der Sicherheit bewerben können. An mindestens 10 der 45 ersten, von der EU als „Sicherheitsforschung“ beschriebenen Projekte beteiligen sich israelische Privatunternehmen sowie akademische oder staatliche Institutionen. Dazu gehören die Firmen Motorola Israel mit einem Überwachungsprojekt, IAI, Aeronautics Defence Systems sowie Elbit Systems mit einem Drohnen-Entwicklungsprojekt. Finanziert wurden ausserdem diverse militärische Forschungsprogramme israelischer Universitäten, darunter das bereits

erwähnte Technion in Haifa. Das kommende EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 soll ebenfalls einen bedeutenden Schwerpunkt in der „Sicherheits“-Industrie haben. Inwiefern sich Israel daran beteiligen wird, nachdem die EU im Sommer 2013 neue Grundlagen für die Vergabe von Geldern herausgegeben hat, die alle Organisationen und Institutionen ausschliessen, die an der Besetzung beteiligt sind, wird sich in den kommenden Wochen weisen.

Robotik und der Verlust der Menschlichkeit

Israel ist zusammen mit den USA führend in der Entwicklung von militärischen Roboterfahrzeugen, Minirobotern, menschenähnlichen Kampfrobotern und Drohnen. Auch die Schweiz möchte von den auf den Kriegsschauplätzen gewonnenen Erfahrungen Israels profitieren und plant deshalb einmal mehr, Drohnen aus Israel anzuschaffen. Und wie im Antrag des Militärdepartements zu lesen ist, geht es auch hier nicht nur um den Schutz vor ausländischer Gefahr, sondern ebenso um die Überwachung der eigenen Bevölkerung auf öffentlichen Plätzen und bei Grossanlässen.

Noch werden die Roboterfahrzeuge und Drohnen von Menschen gesteuert. Es gibt aber auch schon Geräte, die fast autonom handeln, indem sie beispielsweise unbemannt eine Grenze überwachen, Eindringlinge anhalten und in der Zentrale nach einer Erlaubnis zum Schiessen fragen können. Israel ist bereits intensiv an der Erforschung der nächsten Stufe, eines vollständig

autonomen Kampfroboters (sog. Killerroboter), der ohne die Kontrolle durch einen Menschen funktionieren soll. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat deshalb vor Kurzem ein internationales Abkommen gefordert, das die Entwicklung und den Bau von autonomen Kampfrobotern verbietet. In der UNO steht die Frage der völkerrechtlichen Konsequenzen von Drohneneinsätzen zur Tötung gesuchter Personen und die Frage des Einsatzes unbemannter Waffen seit 2013 ebenfalls auf der Traktandenliste.

Israels Atomprogramm und die Verwendung illegaler Waffen

Neben den konventionellen Waffen besitzt Israel, obwohl offiziell weder bestätigt noch dementiert, illegalerweise auch bis zu 400 nukleare Sprengköpfe und ist damit die einzige Atommacht des Nahen und Mittleren Ostens. Israel hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben, wird also auch nicht von der IAEA kontrolliert. Zu dieser widerrechtlichen Entwicklung haben anfangs in erster Linie Frankreich und einflussreiche Personen aus den USA (u.a. H. Kissinger) beigetragen, in jüngster Zeit aber auch Deutschland mit der Lieferung von sechs konventionellen U-Booten, die in Israel mit nuklear bestückten Marschflugkörpern ausgerüstet werden. Die UNO und die meisten Regierungen tolerieren das undeklarierte Nukleararsenal Israels bis anhin stillschweigend. Im Dezember 2012 hat die UNO-Vollversammlung Israel aber immerhin dazu aufgefordert, sein Atomprogramm offenzulegen und den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Als wäre die Erprobung und der Missbrauch konventioneller Waffen an der palästinensischen Bevölkerung nicht schon mehr als schrecklich, darf hier eines der düstersten Kapitel der israelischen militaristischen Politik nicht unerwähnt bleiben: Bei den letzten Angriffen auf den dicht bevölkerten Gazastreifen, insbesondere bei der Operation „Cast Lead“ 2008/09, kamen erwie-senermassen illegale Waffen wie Weisser Phosphor, mit abgereichertem Uran versehene Munition, GPS-gelenkte Mörsergranaten, DIME-Bomben mit 25% TNT und 75% Wolfram (einem Schwermetall) sowie Splitterbomben zum Einsatz. Dies alles verletzt internationales Recht, gilt als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.



Verantwortung der internationalen Gemeinschaft

Es ist mehr als erstaunlich, dass angesichts dieser Dimension massiver Verletzungen internationalen Rechts sowohl unsere Regierung, die als Signatar- und Depo-sitarstaat der Genfer Konventionen eine besondere Verantwortung für deren Einhaltung hätte, als auch antimilitaristische Organisationen und Friedenskräfte in der Schweiz wenig bis nichts von sich hören lassen. Da sind einige wenige Länder und Menschenrechts-organisationen bereits etwas weiter. So hat Amnesty International nach dem Angriff auf den Gazastreifen 2008/09 zu einem Waffenembargo gegen Israel aufge-rufen, Norwegen ein Verbot eines Waffenhandels mit Israel ausgesprochen, die belgische Regierung Waffen-

lieferungen an Israel sistiert, Grossbritannien mehrere Lizenzen einheimischer Rüstungsunternehmen zum Export von Waffenteilen an Israel widerrufen und Irland einen Vertrag zur Lieferung von zehn Millionen Gewehr-kugeln an Israel annulliert. Die von palästi-nensischen Organisationen lancierte und angeführte internationale Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel fordert ebenfalls ein um-fassendes militärisches Embargo.

“Frei zu sein, bedeutet nicht nur, die Ketten abzuwerfen, sondern so zu leben, dass das Leben und die Freiheit der anderen respektiert werden.“

Nelson Mandela in der Einleitung zum Aufruf von 52 Friedensnobelpreisträgern, prominenten KünstlerInnen und AktivistInnen für ein Militärembargo gegen Israel vom November 2012.

Quellen

Informationsbroschüren

- BDS: www.bdsmovement.net: Palestinian Civil Society Call for a Comprehensive Military Embargo of Israel
<http://de.scribd.com/doc/77723230/Targeting-Israeli-Apartheid-a-Boycott-Divestment-and-Sanctions-Handbook>
- IJAN: Israel's Worldwide Role in Repression
<http://israelglobalrepression.files.wordpress.com/2012/12/israels-worldwide-role-in-repression-footnotes-finalized.pdf>
- COAT (Coalition to Oppose the Arms Trade, Canada): State-owned Israeli War Industries
<http://coat.ncf.ca/P4C/66/state-owned.pdf>
- Stop the Wall: Boycott Elbit Systems
<http://www.stophthewall.org/downloads/pdf/Elbit-fc.pdf>
- End the Occupation: Israeli Accountability Now
<http://www.endtheoccupation.org/downloads/Israeli%20Accountability%20Fact%20Sheet%20.pdf>

Artikel

- Ilan Pappé: Disarm Israel
<http://www.pacbi.org/etemplate.php?id=1059&key=armament>
- Yotam Feldman: Israel's Waffen für die Welt
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-12/israel-waffengeschaeft-gaza>
- Yotam Feldman: „Wars on Gaza have become part of Israel's system of governance“: An interview with filmmaker Yotam Feldman
<http://972mag.com/wars-on-gaza-have-become-part-of-israels-system-of-governance-an-interview-with-filmmaker-yotam-feldman/71957/>
- Johannes Korge: Waffen für Israel und Saudis: USA planen riesigen Rüstungsdeal im Nahen Osten
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-und-saudis-usa-plannen-gewaltigen-ruestungsdeal-im-nahen-osten-a-895360.html>
- Peter Coy: Behind the Iron Dome: How Israel Stops Missiles
<http://www.businessweek.com/articles/2012-11-21/how-to-stop-missiles-the-company-behind-israels-iron-dome>
- Josh Ruebner: US Weapons to Israel Are Disincentives to Peace
<http://palestinechronicle.com/us-weapons-to-israel-are-disincentives-to-peace/#.UX7QDErO98E>

- Martin Wilhelm (sda): Das Land, das stolz auf seine Drohnen ist
<http://bazonline.ch/wirtschaft/unternehmenDas-Land-das-stolz-auf-seine-Drohnen-ist/story/22702323>
- Ben White: New concerns over human rights
<http://blogs.independent.co.uk/2012/02/06/lse-new-concerns-over-human-rights/>
- Jimmy Johnson: Israeli firm helps NSA spy on Americans and Mexicans
<http://electronicintifada.net/blogs/jimmy-johnson/israeli-firm-helps-nsa-spy-americans-and-mexicans>
- James Brooks: Dispersing Demonstrations – Or Chemical Warfare?
<http://electronicintifada.net/content/dispersing-demonstrations-or-chemical-warfare/5152>

Forschungsarbeiten

- Neve Gordon: The Political Economy of Israel's Homeland Security/Surveillance Industry
<http://www.sscqueens.org/sites/default/files/The%20Political%20Economy%20of%20Israel%20E2%80%99s%20Home-land%20Security.pdf>
- Dan Peled vom Samuel Neaman Institute, Haifa: Defense R&D and Economic Growth in Israel: A Research Agenda
<http://econ.haifa.ac.il/~dpeled/papers/ste-wp4.pdf>
- Tiirkkaya ATAÖV: The Arming of Israel and its Impact on Regional and World Peace and European Detente
<http://dergiler.ankara.edu.tr/dergiler/44/675/8591.pdf>
- Shmuel Even: Israel's National Security Economy: Defense and Social Challenges
<http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=134051>

Israel. Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit

- Defense Related Products. Innovative, Comprehensive, Cost-Effective Defense Solutions
http://www.moital.gov.il/CmsTamat/Rsrc/ICA/Industrial_cooperation_in_israel2011-2012/artical4.html



Politische Bedeutung des europäischen Waffenhandels mit Israel



Die Bedeutung von Waffenexporten für die israelische Wirtschaft ist immens. Wir AktivistInnen sollten diesen sehr wichtigen Aspekt im Kampf gegen israelische Gewalt und Besatzung nicht vernachlässigen. Denn gerade die Auseinandersetzung mit dem israelischen Waffenhandel demonstriert, warum der Kampf für ein freies Palästina zugleich ein globaler Kampf ist.

Shir Hever

Der Protest gegen die israelische Waffen- und Sicherheitsindustrie stellt eines der Kernelemente im Kampf gegen Kolonialismus, Besatzung und Apartheid in Israel dar. Israels Waffenexporte begünstigen einerseits das israelische Militär und tragen zur Finanzierung der Besatzung und des Repressionsapparates in Palästina bei. Andererseits wirken sich die Waffenexporte aber auch auf jene Länder aus, die israelische Sicherheitstechnologien zur Kontrolle der eigenen BürgerInnen importieren. So sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit

in Palästina auch ein Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit in Europa und auf der ganzen Welt ist.

Im Waffenhandel der letzten 15 Jahre rangiert Israel zwischen Platz 5 und Platz 10. Es führt weniger Waffen aus als die USA, Russland, Grossbritannien oder Deutschland. Gegen die Waffenexporte dieser Länder sind schon weltweite Kampagnen im Gang, und diese Kampagnen sind extrem wichtig. Aber warum sollten wir der Rolle Israels im Waffenhandel ganz besondere Aufmerksamkeit schenken?

Der Grund dafür ist, dass sich Israels Militär- und Sicherheitsexporte qualitativ von denen anderer Länder unterscheiden. Wenn wir die Art der Militär- und Sicherheitsprodukte analysieren, die in Israel hergestellt

Bild oben: Überwachungsoptik mit Wärmebild- und Nachtsichtigenschaften von Elbit Systems



Israelische Kfir, die von den USA Ende der 80er-Jahren in Israel geleast wurden

werden, so stellen wir fest, dass diese Technologien nicht dazu bestimmt sind, die Zahl der Opfer aufseiten des Feindes zu maximieren oder dessen Befestigungen zu überwinden. Diese Technologien sind vielmehr darauf ausgelegt, Zivilisten zu kontrollieren, in ihre Privatsphäre einzudringen und unbewaffnete oder nur leicht bewaffnete Personen zu inhaftieren, sie in Schranken zu halten und zum Schweigen zu bringen. Das hat auch der Krieg zwischen Russland und Georgien im Jahr 2008 demonstriert, als eine mit israelischem Gerät hochgerüstete Armee (in diesem Fall die georgische Armee) von einer grösseren und stärkeren Streitkraft niedergeschlagen wurde. Die von Israel entwickelten und hergestellten Gerätschaften waren nie für den Einsatz gegen eine organisierte Armee gedacht. Sie sollten vielmehr den Regierenden helfen, den Widerstand der Regierten zu unterdrücken.

Dieser Aspekt israelischer Waffenexporte ist nicht neu. Das folgende Zitat von 1982 aus Israel Shahaks Buch *Israel's Global Role: Weapons for Repression (Israels globale Rolle: Waffen zur Repression)* war vor 30 Jahren genauso aktuell wie heute: „... von Rhodesien über das Südafrika der Apartheid bis hin zu den Golf-Monarchien verknüpft Israel seine Interessen nicht mit den Massen, die für die Freiheit kämpfen, sondern mit deren Kerkermeistern.“

Dabei sollten wir uns vor Augen halten, dass Israel seit dem Jahr 1973, also seit 40 Jahren, keinen konventionellen Krieg mehr geführt hat. Seine Militär- und Polizeikräfte sind jedoch mit einem steten Kampf zur Unterdrückung des palästinensischen Widerstands befasst. An Offiziere mit dem Rang eines Oberst oder hö-

her, die den Militärdienst verlassen, vergibt das israelische Verteidigungsministerium nahezu automatisch eine Lizenz zum Waffenhandel. Weil das Ruhestandsalter in den israelischen Streitkräften so niedrig liegt, sind zahlreiche Offiziere danach auf der Suche nach einer zweiten beruflichen Laufbahn. Ihre Erfahrung aus den rund zwanzig Dienstjahren beim israelischen Militär führt sie direkt in die Sicherheitsindustrie.

Wenn diese Ex-Offiziere ein Produkt entwickeln und der israelischen Armee ein erstes Muster verkaufen (was ihnen dank ihrer alten Freunde beim Militär nicht schwerfällt), dann können sie später mit Fug und Recht behaupten, dieses Gerät sei schon von der israelischen Armee getestet worden. Diese Argumentation hilft, potenzielle Käufer vom Kauf des Produktes zu überzeugen. Diese Vorgehensweise bewog Naomi Klein im Jahr 2007 zur Aussage, Israel habe die Besatzung in ein Testlabor verwandelt: Die palästinensischen Opfer der israelischen Armee tragen zu den Profiten der israelischen Waffenkonzerne bei.

Im Jahr 2000 war Israel nur der zehntgrösste Waffenexporteur auf der Welt, was immer noch ein sehr beachtlicher Platz ist, wenn man die Kleinheit des Landes in Betracht zieht. Allerdings war Israel im gleichen Zeitraum auch der viertgrösste Waffenlieferant für Entwicklungsländer, Milizen und paramilitärische Organisationen. Israelische Firmen ignorierten regelmässig die von den Vereinten Nationen verhängten Waffenembargos und erzielten besonders an jenen Orten auf der Welt enorme Gewinne, wo „seriösere“ Waffenhändler (falls es denn so etwas überhaupt gibt), vorsichtig darum bemüht waren, Verwicklungen zu vermeiden.

Die Angriffe vom 11. September 2001 kommentierte Netanyahu später damit, dass diese Angriffe „gut für Israel“ gewesen seien, weil sie zur Stärkung des Argumentes beitrügen, dass der Islam der Feind sei und dass Israels brutale Methoden gegen den Terrorismus gerechtfertigt seien. Allerdings waren die Angriffe nicht nur gut für Israels Image als Profi in der „Terroristenbekämpfung“, sie waren auch gut für Israels Sicherheitsindustrie. Der fortan in den USA so häufig verwendete Begriff „homeland security“ (innere Sicherheit) kam erst nach diesen Angriffen in Gebrauch. Die Vereinigten Staaten richteten ein Ministerium für innere Sicherheit ein, das bis heute über ein Budget in der Grösse des gesamten Militärhaushalts Grossbritanniens verfügt.

Die wirkliche Hauptstadt für „innere Sicherheit“ liegt jedoch in Tel Aviv. In Israels Hauptstadt sind mehr als 600



Mauer im Westjordanland

Sicherheits- und Waffenfirmen registriert. Tel Aviv ist auch Standort einer jährlichen Waffenhandelsmesse, auf der Hunderte von Firmen neue Technologien anbieten: Überwachungskameras, biometrische Verfolgungs- und Erkennungstechnologien, Systeme zur Verhaltensanalyse, Gerätschaften zur Niederschlagung von Aufständen und zur Auflösung von Demonstrationen, Hand- und Fussfesseln sowie Computerprogramme für die Datengewinnung.

Im Mai 2013 wurde Israel zum weltweit grössten Exporteur von unbemannten Luftfahrzeugen (*unmanned aerial vehicles/UAVs*), sogenannten Drohnen, erklärt. Die Drohnen sind Symbol für eine neue Art der Kriegsführung. Reiche, entwickelte Länder vermeiden es, ihre eigenen BürgerInnen als SoldatInnen Gefahren auszusetzen. Drohnen lassen sich hingegen bequem und ohne Risiko für den Anwender von einem klimatisierten Raum aus steuern und zur Datensammlung, zur fotografischen Erfassung von Personen und sogar zu Tötungen aus der Luft benutzen.

Heutzutage sind die grössten Kunden für Israels Spezialgerät Indien, Brasilien und in geringerem Umfang Südkorea, Ghana, Angola und andere Länder, die von massiven sozialen Ungleichheiten geprägt sind. Soziale Ungleichheiten sind denn auch der Grund für den weltweiten Boom der Sicherheitsindustrie. Die extreme neoliberale Politik der vergangenen vierzig Jahre hat grosse Teile der Bevölkerung von der Wirtschaft ausgeschlossen. Menschen, die selbst als Billiglohnkräfte nicht mehr nachgefragt sind, wie beispielsweise die BewohnerInnen der brasilianischen Favelas, werden von ihren Regierungen als



Mauer an der Grenze zwischen Mexiko und den USA

„Bevölkerungsüberschuss“ behandelt. Die wachsende Ungleichheit schafft eine beständige Nachfrage an Kontroll- und Unterdrückungsmechanismen.

Im Jahr 2006 beschrieb Jeff Halper die Verwaltung dieser überschüssigen Menschen durch Inhaftierungen und durch den Rückgriff auf Sicherheits- und Überwachungsmassnahmen als „Lagerhaltung“ (*warehousing*). Er hob hervor, dass der Gazastreifen das paradigmatische Beispiel für die „Lagerhaltung“ einer Zivilbevölkerung sei.

In der Tat sind israelische Technologien, mit denen der Widerstand im Gazastreifen unter Kontrolle gehalten werden kann, zum Kennzeichen der israelischen Waffenexporte geworden. Nach der Invasion des Gazastreifens im Winter 2008/09 veranstaltete die israelische Armee eine Messe, um neue Technologien vorzuführen, die bei dieser Operation eingesetzt worden waren.

Auf diese Weise erlangte auch das Raketensystem „Iron Dome“ seine Berühmtheit, und zwar im Verlauf der israelischen Bombardierung des Gazastreifens im November 2012. PalästinenserInnen benutzen Qassam-Raketen, eine Waffe, die bei der Herstellung im Eigenbau rund 100 Dollar kostet. Doch selbst diese einfache Rakete kann die Israelis stören, wenn sie entspannt in ihren Cafés sitzen, während PalästinenserInnen im Gazastreifen unter unerträglichen Bedingungen leben. Jede Iron-Dome-Rakete kostet 50 000 Dollar, und zwei davon sind nötig, um die Flugbahn einer einzigen Qassam-Rakete zu unterbrechen. Damit kosten die eingesetzten Iron-Dome-Raketen das Tausendfache von Qassam-Raketen. Für



Raketenabwehrsystem „Iron Dome“

Israel lohnt sich deren Einsatz allemal, denn was die Israelis damit kaufen, ist das Image der wehrfähigen Überlegenheit: Dass man nämlich in einem Café ungefährdet sitzen und gleichzeitig die Tatsache ignorieren kann, dass es ein paar Kilometer weiter für anderthalb Millionen Menschen kein trinkbares Wasser gibt. Für den Verkauf ihrer Gerätschaften nutzen die Israelis genau dieses Image. Das Iron-Dome-Raketensystem wurde schon drei Monate nach seiner Verwendung bei der Bombardierung des Gazastreifens auf einer Handelsmesse in Indien zum Verkauf angeboten.

Ausserdem ist gerade dieses Image der Grund, warum die internationale Gemeinschaft ein solch grosses Interesse für die Politik in Palästina aufbringt. Die immense Unterstützung, die Israel von rechts gerichteten Parteien und Führern erhält, beruht darauf, dass Letztere die israelische Vorgehensweise legitimieren, um sie dann zu kopieren. Rechts gerichtete europäische Regierungschefs bieten Israel Unterstützung an – und haben das Land eingeladen, der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) beizutreten –, nicht etwa, weil sie Zionisten wären. Ihre Motivation liegt vielmehr darin, Israel als Mitglied der zivilisierten Welt und seine militärischen und repressiven Aktionen als angemessen erscheinen

zu lassen. Dies wiederum lässt Massnahmen europäischer Länder – beispielsweise die Inhaftierung von Asylsuchenden ohne Gerichtsverfahren und die Durchsetzung umfassender Überwachungssysteme zur Kontrolle der eigenen BürgerInnen – ebenfalls in einem legitimen Licht erscheinen.

Aus diesem Grund liegt es im Interesse aller BürgerInnen dieser Welt, lautstark klarzustellen, dass Israels Politik keineswegs legitim und akzeptabel ist. Ansonsten werden wir uns morgen alle in der Rolle von überwachten und unterdrückten PalästinenserInnen wiederfinden.

Shir Hever ist Wirtschaftswissenschaftler am Alternative Information Center in Jerusalem und Beit-Sahour (Bethlehem). Hever forscht über die wirtschaftlichen Aspekte der israelischen Besatzung, darunter die Auswirkungen internationaler Hilfsprogramme auf Palästina und Israel, die Auswirkungen der Besatzung auf die israelische Wirtschaft sowie die Auswirkungen der BDS-Kampagne. Autor von *The Political Economy of Israel's Occupation* (ISBN 978-0-7453-2794-5, 2010, Pluto Press)



Die militärische Komplizenschaft Schweiz–Israel

Der schweizerische Bundesrat behauptet, Eckpfeiler seiner Aussenpolitik im Nahen Osten seien friedensfördernde Massnahmen. Seine Zielsetzung sei, eine Lösung des Nahostkonflikts unter Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu suchen. Beachtet man anstelle der Worte die Tatsachen, ist das pure Gegenteil der Fall. Die vom Bundesrat repräsentierte Schweiz, namentlich das von Ueli Maurer geleitete Militärdepartement (VBS) und das von Didier Burkhalter geleitete Eidg. Departement für ausländische Angelegenheiten (EDA), betreiben eine Politik, die das Besatzungsregime privilegiert und gegenüber seinen Opfern stärkt. Die enge wirtschaftliche und vor allem militärische Zusammenarbeit lässt keinen anderen Schluss zu.

Hanspeter Gysin

Die Beziehungen zwischen der Schweizer Armeespitze und den israelischen Militärs sind innig und haben eine lange Tradition. Vor allem in der Vergangenheit verband beide die sorgsame Pflege von Wehrpflicht und Milizsystem, seit jeher pflegen sie aber einen regen Austausch von organisatorischem und technologischem Wissen. Auch der beiderseits gepflegte Mythos vom kleinen, friedliebenden Ländchen, welches sich einer bedrohlichen, angeblich gigantischen Übermacht erwehren muss – oder im Fall der Schweiz „damals“ (!) verteidigen musste –, trägt zum guten Verständnis bei. In Ermangelung eigener Kampferfahrungen dienen der

schweizerischen Offizierskaste die Erkenntnisse aus israelischen Kriegen als begehrter Unterrichtsstoff. In den 70er-Jahren, zu Zeiten, als beide Luftwaffen die französischen Mirage-Kampfbomber flogen, fand regelmässig ein Austausch von Piloten zu Übungszwecken statt. Gegenseitiges Training von Militärpersonal ist auch heute noch gängige Praxis. Willkommen sind dann beim

Bild oben: Altes Drohnen-Modell Ranger über Luzern

schweizerischen Armeekader Gelegenheiten wie 2010 ein Waldbrand in Israel, bei dem, wie es hiess, „unbürokratisch“ Schweizer Armeehelikopter demontiert und per Frachtflugzeug nach Israel geflogen wurden, um bei den Löscharbeiten zu helfen.

Freundschaftliche Beziehungen

Auch in den vergangenen Jahren sind Vertreter des Schweizer Militärs immer wieder zu Gesprächen in Israel gewesen, über die aus Geheimhaltungsgründen immer nur Teilaspekte an die Öffentlichkeit gelangen. Bereits der ehemalige VBS-Chef Samuel Schmid (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, VBS, früher Militärdepartement), war ein eifriger Verhandlungspartner des israelischen Militärs. 2005 hat er noch persönlich bei Ariel Sharon vorgesprochen. Eine besonders freundschaftliche Beziehung pflegte damals sein Luftwaffenchef Walter Knutti mit seinem israelischen Pendant Eliezer Skhedi (heute Chef der israelischen Fluggesellschaft El Al). Allerdings sah sich Schmid Mitte 2006, kurz nach dem blutigen Libanon-Feldzug, bei dem die israelische Armee über tausend unschuldige ZivilistInnen tötete, gezwungen, einen Freundschaftsbesuch seines Korpskommandanten und damaligen Heereschefs Luc Fellay abzusagen. Eine Militärdelegation ohne Chef trat dann, mit eingeschränkter Publizität, die Reise trotzdem an. Schmid's Nachfolger im VBS, SVP-Bundesrat Ueli Maurer, schickte seinen Armeechef André Blattmann in den letzten Jahren mehrmals zu Gesprächen mit hohen Militärs nach Israel. Dabei wur-

den auch Einsatzbasen der israelischen Drohneneinheiten, von denen aus die ferngesteuerten Flugobjekte zu ihren tödlichen Missionen starten, besichtigt. Die Bombardierung des Gazastreifens (2008/09), die erneut über tausend zivile Todesopfer und mehrere tausend Schwerverletzte forderte, und der Überfall auf eine internationale Hilfsflotte (2010) mit acht Toten auf dem Passagierschiff Marvi Marmara spielten dabei keine Rolle mehr. Im Gegenteil, noch im selben Jahr beehrte Maurer persönlich die Verantwortlichen für die Morde mit einem offiziellen Freundschaftsbesuch. Zu Beginn dieses Jahres nutzte er dann das Treffen der World Leader am Weltwirtschaftsforum (WEF) von Davos dazu, ein formales Abkommen über die weitergehende und verstärkte militärische Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Kriegsminister Israels und heutigen Berater der Niederlassung der Schweizer Bank Julius Bär in Israel, Ehud Barak, zu unterzeichnen. Dass das Drohnengeschäft dabei ein wichtiger Punkt war, darf man voraussetzen. Selbst bürgerliche Politiker hierzulande sind mittlerweile etwas besorgt darüber, dass zu den Drohnen aus Israel nicht auch ein Angebot aus einem anderen Land geprüft wird. Interessantes Detail bei der jüngeren Komplizenschaft des VBS mit Israels Führung ist, dass sich damit gleich zwei Militärdepartementsleiter der Rechtspartei SVP als treuste Verbündete Israels entpuppt haben.

Der Feind im Innern

Das Militärdepartement will, weil ihm offensichtlich die Feinde fehlen, seine Armee zunehmend auf polizeiliche Einsätze im Innern des Landes ausrichten und zu diesem Zweck neue Überwachungsdrohnen kaufen. Schon die heute bei uns im Einsatz befindliche Drohne mit dem Namen Ranger ist ja, neben der Kooperation bei der Entwicklung von Streubomben, ein Produkt der Zusammenarbeit des staatlichen Schweizer Rüstungsbetriebes RUAG, der Oerlikon Contraves und der Israel Aircraft Industries der 80er-Jahre. Zwar soll die Ausführung der Drohnen für die Schweiz nicht mit Waffen bestückt werden, trotzdem ist klar, dass es darum gehen wird, Menschen zu überwachen und gegebenenfalls zu verfolgen. Im Rahmen der Grenzüberwachung sollen Flüchtlinge frühzeitig abgefangen und so an der Einwanderung ins schweizerische Territorium gehindert werden. Bei Aktivitäten der politischen Opposition wie Demonstrationen, Besetzungen und Streiks und bei sportlichen Grossanlässen gilt es, die Bewegungen der „Massen“ im Fokus der Ordnungskräfte zu behalten.



Heron-1-Drohne des Herstellers Israel Aerospace Industries auf der Präsentation in der Schweiz

Konferenzen der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten wie das WEF in Davos oder der G-XY-Treffen von Vertretern der wirtschaftlich weltbeherrschenden Staaten sollen, mittels der wachsamem Augen am Himmel, vor jeder Störung sicher abgeschirmt werden können.

Der Deal wird der israelischen Rüstungsindustrie rund 500 Mio. Dollar einbringen. Der bei der Schweizer Rüstungsbeschaffung für die Evaluation zuständige Projektleiter Oberst Roland Ledermann rechnet mit der Auftragserteilung im Jahr 2016.

Israels Rüstungsindustrie ist, neben derjenigen der USA, eine der wenigen, die in der Lage ist, solche Begehrlichkeiten der Militärstrategen zu befriedigen. Israelische Drohnen vom Typ Heron (dt. Reiher) befinden sich bereits im Dienst der Armeen Frankreichs, Deutschlands, Grossbritanniens, Russlands, Indiens und der Türkei. Ab dem Jahr 2000, dem Ausbruch der zweiten Intifada, war Israel das erste Land, welches systematisch Drohnen einsetzte, um gezielt Menschen zu töten, die der Besatzungspolitik Widerstand entgegensetzten. Die Praxis der sogenannten extralegalen Tötungen von PalästinenserInnen, die verdächtigt werden, Widerstandshandlungen zu begehen, stützt sich vor allem auf den Einsatz von Drohnen. Der Luftraum über den besetzten und belagerten Gebieten Palästinas sowie der umliegenden Länder, vor allem des südlichen Libanons, wird im Zusammenwirken mit den israelischen Spionagesatelliten Ofek-5 (2002), -7 (2007) und -9 (2010), die der weiträumigen Überwachung vor allem des Nahen und Mittleren Ostens dienen, rund um die Uhr beobachtet. Nebst den Ermordungsmissionen dienen die Fluggeräte heute der Zielerfassung und Feuerleitung für Flugwaffe und Artillerie, aber auch für die Ortung von Widerstandsnestern im Dienst von Bodentruppen. Die Kriegserprobtheit der Fluggeräte ist dann ein wesentliches Verkaufsargument.

Waffengeschäfte mit Israel weisen übrigens einen besonderen Aspekt auf. Die Rüstungsindustrie von grösseren Industrienationen, den USA, den europäischen Grossnationen, China oder Russland könnten auch überleben, ohne Waffen zu exportieren. Ein Land wie Israel ist aus wirtschaftlichen Gründen darauf angewiesen, Waffen und Kriegsführungssysteme zu verkaufen, um sich eine eigene Rüstungsindustrie leisten zu können. Die Einnahmen in Milliardenhöhe aus dem Export erlauben Israel, die Produktionsstätten und die technologischen Entwicklungsleistungen seiner Universitäten zu finanzieren und seine Kriegs- und



Hermes-900-Drohne von Elbit Systems auf dem Militärflugplatz Emmen

Besatzungspolitik mit immer neueren, ausgeklügelteren Waffen zu führen. Waffengeschäfte mit Israel sind deshalb nicht nur Geschäfte, sondern entsprechen einer bewussten Komplizenschaft mit dem repressiven Besatzungsregime im Nahen Osten. Damit sind sie, entgegen allen bundesrätlichen Beteuerungen, das pure Gegenteil von Friedensförderung.

Als Vater der Drohnentechnologie gilt der israelische Ingenieur Abe Karem, der schon 1973 für den Einsatz im Oktober- oder Jom-Kippur-Krieg Israels solche Fluggeräte herstellen liess. Später hat Karem auch in den USA an der Entwicklung der ersten Drohnen mitgewirkt. Damals allerdings war die Aufgabe der Flugobjekte auf Spionagemissionen und die Beobachtung gegnerischer Truppen beschränkt, in einigen Fällen ging es dabei auch um die Störung des Funkverkehrs der anderen Seite. In den USA beschränkte sich der Einsatz zunächst auf die Grenzüberwachung.



Chronologie der militärischen Zusammenarbeit Schweiz–Israel

- 1955: Der Bundesrat beschliesst, keine Waffen mehr nach Israel/Palästina zu liefern, da solche Rüstungstransfers zu offensichtlich den Grundsätzen von „Neutralität und Humanitärer Tradition“ widersprechen.
- Nach 1967: Israel genießt nach dem Sechstagekrieg und nach den Anschlägen der PLO in vielen Ländern eine grosse Sympathie und wird als Musterdemokratie betrachtet. Man war sich einig, dass Israel sich angesichts der Bedrohungen durch die Nachbarstaaten und die palästinensische Befreiungsorganisation PLO wehren müsse und Schutz brauche.
- 1968: Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Israel wird durch die Affäre Frauenknecht belastet. Alfred Frauenknecht, Maschinentechner bei der Sulzer AG, händigt dem israelischen Militärattaché Nechemia Kam aus Sympathie für Israel verbotenerweise Pläne der Atar-Triebwerke der französischen Mirage aus, die es ermöglichten, die israelischen Kfir-Militärjets als Kopie der Mirage zu entwickeln. Frankreich hatte nach dem Sechstagekrieg 1967 ein Embargo über Israel verhängt. Frauenknecht wird 1971 zu 4½ Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.
- 1970er- und 1980er-Jahre: Enge militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel
- Seit 1988: Zusammenarbeit zwischen der israelischen Rüstungsfirma Israel Military Industries Ltd. (IMI) und der staatlichen schweizerischen Rüstungsfirma RUAG in der Entwicklung von sog. Kanistermunition (Streubomben) im Wert von 652 Mio. Franken.
- In den 1990er-Jahren kauft die Schweiz für 1,5 Mrd. Franken Rüstungsmaterial aus Israel (Munition, Führungssimulatoren, Festungsartillerieanlagen, Aufklärungsdrohnen, operative und taktische Aufklärungssysteme, Feuerleitsysteme).
- 1996: Durchführung von Schiessversuchen der Gruppe Rüstung des Eidg. Militärdepartementes (EMD) in der israelischen Negev-Wüste mit Kanistermunition (Streubomben) für 12-cm-Minenwerfer. Diese Übungsplätze befinden sich im Lebensraum von Beduinen, die vor Jahren zwangsenteignet wurden und heute Sperrgebiete sind. Trotzdem kommt es immer wieder zu Unfällen, bei denen Beduinen durch Blindgänger verletzt oder getötet werden.

Bild oben: Funkgesteuerte Schiffskanone Typhoon mit Zielerfassungsoptik von Raphael Defense

- Seit 2000: Der israelische Rüstungskonzern Israel Aerospace Industries (IAI) unterhält ein geheimes Verbindungsbüro bei der schweizerischen staatseigenen Rüstungsfirma RUAG in Emmen. Dies ist ein krasser Bruch der Schweizer Neutralität. Der israelische Techniker, der seine Geschäfte von diesem Büro aus tätigt, bestätigt, die Schweizer Truppen „mit Training und Handbüchern“ unterstützt zu haben. Dies entgegen den Aussagen von Schweizer Armeekadern.
- 2002/03: Die laufenden Rüstungsgeschäfte der Schweiz mit Israel belaufen sich für 2002 und 2003 auf insgesamt 177 Mio. Franken. Ein Zehntel der Schweizer Rüstungsbeschaffungen fällt auf das Israel-Geschäft.
- Infolge massiven öffentlichen Drucks sistiert der Bundesrat anlässlich der brutalen Militäroperation der israelischen Armee im Westjordanland (u.a. Jenin) im Frühling 2002 offiziell die militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel, wobei die bereits beschlossenen Geschäfte nicht tangiert sind.
- Ende 2002: Dreiwöchiger Aufenthalt von 13 israelischen Rüstungstechnikern in der Schweiz, um auf dem Militärflugplatz in Emmen Unterhalts- und Weiterentwicklungsarbeiten an den aus Israel stammenden Drohnen vom Typ Ranger auszuführen. Im Juli 2001 erklärte der Bundesrat noch: „Es besteht keine Forschungszusammenarbeit zwischen der RUAG und israelischen Firmen.“ Diese Drohne wurde in zehnjähriger Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Rüstungskonzern IAI (v.a. Software) und den Schweizer Rüstungsfirmen Oerlikon Contraves (seit 1999 Teil der deutschen „Rheinmetall“) und RUAG entwickelt. Das Projekt wurde mit Forschungsgeldern des Bundes von 28 Mio. Franken unter der Auflage unterstützt, dass die Kredite zurückerstattet werden müssen, sobald die Drohnen auch an andere Länder verkauft werden. Dies ist inzwischen der Fall (u.a. nach Finnland), in die Bundeskasse zurückgeflossen ist jedoch kein einziger Franken. Somit subventionieren auch die Schweizer SteuerzahlerInnen die israelische, deutsche und schweizerische Rüstungsindustrie. Der Software-Code der israelischen Drohne lagert übrigens in einem Schweizer Banksafe – „für den absoluten Katastrophenfall“.
- 2003: Die Schweizer Armee gibt für den Wechsel der Frequenz ihrer israelischen Drohnen mithilfe israelischer Techniker 31 Mio. Franken aus.
- IAI vermarktet die Ranger-Drohne unter Verweis auf die Zusammenarbeit mit RUAG Aerospace auf

der Firmenwebsite mit einer Flugaufnahme aus der Schweiz, aber mit wegretuschierten nationalen Insignien. Die Ranger-Drohne ist eine Weiterentwicklung der Scout-Drohne, die laut IAI-Werbung im Libanonkrieg von 1982 „erfolgreich“ zum Einsatz kam. 1996 trafen solche Drohnen ein UNO-Flüchtlingslager im Südlibanon und töteten 102 Zivilisten.

- 2004: Der Chef der Schweizer Armee, Christophe Keckeis, outet sich in einem Interview im „Tagesanzeiger-Magazin“ als Fan der israelischen Armee.
- 2005: Der Nationalrat beschliesst die Aufhebung der Sistierung von Rüstungsgeschäften und die Wiederaufnahme des Kaufs von Rüstungsgütern aus Israel. Nach einem Besuch von Bundesrat Schmid bei Sharon im März 2005 meint der Gesamtbundesrat, er sei „nach der Evaluierung der Lage zum Schluss gekommen, dass die Zusammenarbeit mit Israel wieder normalisiert werden könne“. Nach zahlreichen Protestschreiben fügt Bundesrat Schmid hinzu: „Die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes im Nahen Osten sind trotz des Baus der Sperranlage besser als seit Jahren.“

Schweizerische Kriegsmaterialexporte nach Israel

1998	1 640 815 Fr.
1999	600 Fr.
2002	6000 Fr.
2008	1 711 118 Fr.
2009	100 638 Fr.
2011	21 134 Fr.
Total	3 480 305 Fr.

Quelle: www.kriegsmaterial.ch

- 2005: Anlässlich des Rüstungsprogramms 2005 beschliessen der Bundesrat und die Mehrheit des Nationalrats die Beschaffung eines neuen, 395 Mio. Franken teuren IFASS-Aufklärungssystems für die Schweizer Armee, wovon für 150 Mio. Franken Teile bei der israelischen Rüstungsfirma Elta Systems erworben werden. Im selben Rüstungsprogramm ist auch der Kauf von 30 ABC-Schutzzelten (COLPRO) im Gegenwert von 3 Mio. Franken aus Israel vorgesehen. Diese Zelte werden in der illegalen Siedlung Bet El im Westjordanland hergestellt.

- 17. Mai 2006: Der General der israelischen Luftwaffe, Eliezer Shkedi, besucht auf Einladung des Schweizer Luftwaffenchefs Walter Knutti mit einer Delegation des israelischen Militärs die Schweiz. Kurz zuvor, am 6. März 2006, wurden im Gazastreifen bei Luftangriffen fünf Kinder getötet. Den Besuchern wird dabei auch ein Militärflugplatz gezeigt und Auskunft über „Operationen der Schweizer Luftwaffe“ erteilt. Aus der Pressemitteilung des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zum Besuch geht hervor, dass auch Diskussionen um „die Bekämpfung terroristischer Aktivitäten“ stattfanden.
- 12. Juli bis 14. August 2006: Die Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel wird auch während des Libanon-Krieges nicht eingestellt. Bei israelischen Bombenangriffen im Libanon werden 1191 Zivilpersonen, 4 UNO-Beobachter und 2 UNIFIL-Mitarbeiter getötet und 4409 Menschen verletzt. In Israel sterben 44 Zivilpersonen und 119 Soldaten durch Beschuss der Hizbollah, 690 Zivilisten und 400 Soldaten werden verletzt. Amnesty International verurteilt die israelischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur wie Häuser, Brücken, Strassen, Fabriken, Wasserwerke und Öllager als Kriegsverbrechen. Die israelische Armee setzt auch international geächtete Streubomben ein. Laut UNO-Berichten sind viele davon solche des Typs M85, der Ende der 80er-Jahre in einem Gemeinschaftsprojekt des israelischen Rüstungsunternehmens IMI und der staatlichen Schweizer Munitionsfabrik Altdorf (seit 1999 RUAG) entwickelt wurde. In den Jahren 1990 und 2000 exportiert die Schweiz Teile, die in der Produktion von Streubomben benötigt werden, nach Israel.
- 21./22. November 2006: Eine sechsköpfige Delegation israelischer Offiziere besucht die Schweiz. Zwei Wochen zuvor werden in Beit Hanun im nördlichen Gazastreifen 18 Zivilpersonen durch israelisches Artilleriefeuer getötet.
- 17. Januar bis 2. Februar 2007: Eine israelische Eliteeinheit trainiert in den Schweizer Alpen.
- 2007: Im Jahr 2007 liefert die Schweiz Waffen im Wert von gut 223 000 Franken nach Israel.
- März 2008: Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Walter Knutti, absolviert einen dreitägigen Besuch in Israel. Kurz zuvor, am 27. Februar, werden im Gazastreifen ein fünf Monate altes Kind durch einen israelischen Luftangriff getötet und die Räumlichkeiten der Palestinian Medical Relief Society zerstört. Beim Treffen sind laut VBS keine Gespräche über die Respektierung der Genfer Konventionen vorgesehen („Das ist eine politische Frage, die eher durch das Parlament oder den Bundesrat behandelt werden müsste.“).
- 2008: 16 Delegationen der Schweizer Armee besuchen Israel, um laut VBS „Erfahrungen über bereits an die Schweiz geliefertes militärisches Material auszutauschen.“ Politische Gespräche fänden nicht statt.
- 2008: Die Schweiz liefert Rüstungsgüter im Wert von über 1,7 Mio. Franken nach Israel. Dabei waren u.a. auch Panzer und Panzerteile, die vermutlich von MOWAG, einer Tochterfirma von General Dynamics in Kreuzlingen, geliefert werden. Diese Firma arbeitet eng mit dem israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems in Haifa zusammen, besonders in Bezug auf den „Piranha“-Schützenpanzer. Dessen Geschützturm sowie Wärmesichtgeräte für die Fahrzeuge wurden durch Elbit Systems konstruiert und Ende 2005 auf dem Schweizer Waffentestgelände von Rheinmetall getestet.
- 27. August 2008: Die Bewilligung für die Ausfuhr von Kriegsmaterial wird vom Bundesrat dahingehend präzisiert, dass die „Ausfuhr von Kriegsmaterial ausgeschlossen ist, [...] wenn im Bestimmungsland ein hohes Risiko für einen Einsatz der ausführenden Waffen gegen die Zivilbevölkerung besteht“. Dies gilt für Israel offensichtlich nicht.
- Januar 2009: Die israelische Offensive im Gazastreifen mit über 1400 Todesopfern und Tausenden Verletzten veranlasst die Schweiz nicht, ihre militärische Zusammenarbeit mit Israel zu überdenken. „Das Aussenministerium habe keine Informationen, dass solche Überlegungen angestellt worden wären“, sagte dazu der EDA-Sprecher.
- Oktober 2010: Bundesrat Ueli Maurer tritt seine Reise nach Israel an, um den israelischen Verteidigungsminister und israelische Militärs zu treffen.
- Februar und Oktober 2012: Abschluss geheimer Militär-Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und Israel
- 2012: Die Schweizer Behörde für die Beschaffung von komplexen Rüstungsgütern Armaswiss entscheidet sich im März, die zwei israelischen Drohnen „Heron I“ von IAI und „Hermes 900“ von Elbit Systems in die Endauswahl für ein neues Drohnensystem der Schweizer Armee zu nehmen. Im September und Oktober finden Evaluationsflüge in der Schweiz statt. Gleichzeitig werden die Drohnen auf dem Schweizer



Auf der Website des israelischen Wirtschaftsministeriums

Militärflugplatz Emmen der Öffentlichkeit präsentiert. Anfang 2014 soll eine definitive Entscheidung fallen.

- 4. Juli 2012: Auszug der Antwort des Bundesrats auf eine Interpellation der Nationalrätin Evi Allemann vom 3. Mai 2012 betr. die Beschaffung von Drohnen aus Israel: *„Der Bundesrat ist sich der heiklen politischen Situation im Nahen Osten bewusst. Dennoch erachtet es der Bundesrat wie schon unter ähnlichen Umständen in der Vergangenheit als vertretbar, für die Ausrüstung der Armee erprobtes sowie qualitativ hochstehendes Material aus Israel zu beschaffen, zumal dieses Land weltweit führend in diesem Technologiebereich ist. Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass dieses Rüstungsvorhaben die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des ausserpolitischen Engagements der Schweiz in der Region ebenso wenig tangiert wie die militärischen Fähigkeiten Israels.“*
- Januar 2013: Am Weltwirtschaftsforum (WEF) unterzeichnen die Schweiz und Israel eine Absichtserklärung, um die Zusammenarbeit ihrer Verteidigungsministerien und der Streitkräfte zu verbessern. Dies kann die Bildung von Arbeitsgruppen, Besuche von Delegationen oder den Erfahrungsaustausch von Spezialisten umfassen. Darüber hinaus sind der Austausch von wissenschaftlichen Informationen, von Informationen betreffend Ausrüstung und andere

technische Angelegenheiten oder der Meinungs-
austausch über Menschenrechtsnormen vorgesehen.
Auch die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich soll
weitergeführt werden. Das VBS betont, die militä-
rische Zusammenarbeit mit Israel werde mit der
Absichtserklärung nicht ausgebaut, sondern im bis-
herigen Umfang bestätigt.

Zusammenstellung: Agnes Küng

Quellen

- Die Daten der Chronologie sind im Wesentlichen verschiedenen Artikeln der Website der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), www.gsoa.ch, sowie der Website des Bundes (Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung; Parlament) entnommen.
- Daneben: Hermes 900, Heron 1 to contest Swiss UAS deal: <http://www.flightglobal.com/news/articles/hermes-900-heron-1-to-contest-swiss-uas-deal-373246/>
- Evaluation neues Drohnensystem (ADS15): http://www.ar.admin.ch/internet/armasuisse/de/home/dok/publi/hauszeitung0/armafolio_2012.parsys.000101.downloadList.16982.DownloadFile.tmp/armafolio-022012web.pdf



Die langjährige Waffenbrüderschaft zwischen Israel und dem Apartheidregime in Südafrika

Heutzutage ist Israel einer der grössten Waffenexporteure der Welt. Israels militärisch-industrieller Komplex boomt. Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus Sasha Polakow-Suranskys packender Studie ist, dass Israel diesen Status nicht zuletzt dank seiner geheimen Allianz mit dem Apartheidregime in Südafrika erreichte.

Peter Haenger

„Es waren nicht die Amerikaner, und es waren nicht die Franzosen. Es waren auch nicht die Briten. Die meiste Arbeit – und ich spreche hier von der Entwicklung neuartiger Waffensysteme – wurde in Südafrika getan“, dies die Worte des einstigen israelischen Botschafters in Pretoria, Elazar Granot, im Gespräch mit dem Autor, Sasha Polakow-Suransky. Dessen Buch, ursprünglich eine Dissertation an der Universität Oxford, beleuchtet die langjährige Kooperation im militärischen, aber auch politischen Bereich zwischen Israel und dem Apartheid-

regime in Südafrika. Für seine Studie arbeitete Polakow-Suransky 7000 Seiten Akten durch und sprach mit zahlreichen Informanten aus der einstigen südafrikanischen Nomenklatura. Dass seine Eltern selbst aus Südafrika stammten, kam dem Autor zustatten. Die meist schon betagten Interviewpartner wussten jedoch nicht, dass Polakow-Suranskys Eltern 1973 das Land aus politischen Gründen verlassen hatten: Sie waren erklärte Gegner der Rassentrennung.

Die israelischen Informanten waren weit zurückhaltender und willigten erst nach langem Zögern in ein Gespräch ein. Noch heute sind die israelischen Eliten extrem empfindlich, was ihre einstigen Beziehungen zu einem Regime betrifft, das weltweit als unmoralisch und verbrecherisch galt. Die israelische Regierung setzte denn auch alles daran, die Forschung Polakow-Suranskys zu hintertreiben. Geschlagene 16 Monate musste er auf die Herausgabe relevanter Akten aus verschiedenen südafrikanischen Archiven warten, weil israelische Stellen „Sicherheitsbedenken“ anmeldeten. Schliesslich gelang es ihm, an die gewünschten Dokumente heranzukommen – einschliesslich der israelischen Seite der entsprechenden Korrespondenz. Trotz israelischem Druck hatte die ANC-Regierung letztlich kein Interesse daran, die Beziehungen zwischen dem Apartheidregime und Israel weiterhin geheim zu halten. Vor allem die Herausgabe eines Dokuments aus dem Jahre 1975 versuchte Israels Regierung zu blockieren: Es handelte sich um eine geheime Vereinbarung zur militärischen Kooperation unter der Abkürzung SECMET, unterzeichnet von den damaligen Verteidigungsministern beider Länder, Shimon Peres und Pieter Willem Botha. Peres amtiert heute als Präsident des Staates Israel.

Im Rahmen von SECMET fanden am 4. Juni 1975 in Zürich Geheimgespräche zwischen den beiden Verteidigungsministern statt. Es ging um den Verkauf von Jericho-Raketen mit einer Reichweite von 300 Kilometern. Botha signalisierte südafrikanisches Interesse am Kauf dieser Trägersysteme, und zwar unter der Voraussetzung, sie mit der „correct payload“ (richtigen Ladung) zu erhalten. In der Folge soll Peres den Südafrikanern nukleare Sprengköpfe in drei Grössen angeboten haben. Unter einem der Dokumente von damals ist die Unterschrift von Peres zu sehen. Der Handel scheiterte letztlich aus Kostengründen, leitete aber die israelisch-südafrikanische Zusammenarbeit im Bereich der Raketentechnologie ein. Vor drei Jahren machte der britische *Guardian* diese Geschichte aufgrund von Polakow-Suranskys Buch publik. Dass Peres' Büro sofort dementierte, versteht sich von selbst.

Wie kam es nun zu dieser engen Waffenbrüderschaft zwischen Israel und Südafrika, nachdem die linkszionistischen Staatsgründer David Ben-Gurion, Levi Eschkol und Golda Meir stets auf Abstand zum Apartheidregime am Kap bedacht gewesen waren? Polakow-Suransky liefert die dichte Geschichte eines Bündnisses zwischen zwei Aussenseitern der Weltgemeinschaft, das auf einer übereinstimmenden Einschätzung der weltpolitischen Situation beruhte.

Zwei Aussenseiter der Weltgemeinschaft finden sich

Nach dem Sechstagekrieg war Frankreich als wichtigster Bündnispartner und Waffenlieferant Israels ausgefallen. Nach der Anerkennung Algeriens durch Paris im Jahre 1962 war de Gaulle an verbesserten Beziehungen zur arabischen Welt interessiert. Ausserdem hatte der französische Staatschef der israelischen Regierung 1967 von einem „Präventivkrieg“ gegen die arabischen Staaten dringend abgeraten. Dass die israelischen Streitkräfte dennoch angriffen, nahm de Gaulle den Israelis persönlich übel. Die Besetzung arabischer Gebiete im Zuge des Sechstagekrieges schädigte Israels Image innerhalb der Dritten Welt nachhaltig. In der ersten Hälfte der 70er-Jahre zerriss Israels weitgespanntes Netz freundschaftlicher Beziehungen zu afrikanischen Staaten. Ugandas Diktator Idi Amin, 1971 mit Israels Hilfe an die Macht gekommen, liess die israelische Botschaft bereits ein Jahr später schliessen und verwies alle israelischen Berater des Landes. Tschad, Niger und Kongo-Brazzaville brachen im selben Jahr die Beziehungen zu Israel ab und wandten sich Gaddafis Libyen zu. Algerien bewog die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) dazu, Israels Besatzungsregime in den besetzten arabischen Territorien zu verurteilen. Und während des Jom-Kippur-Kriegs brachen weitere 20 afrikanische Staaten ihre Beziehungen zu Israel ab.

Der Jom-Kippur-Krieg erwies sich für Israel als besonders verlustreich. Israel verlor 2500 Soldaten – gemessen an der Bevölkerungszahl von 3 Millionen ein schmerzhafter Aderlass – und überdies den Nimbus der Unbesiegbarkeit. Israels Wirtschaft war infolge der astronomischen Kriegskosten geschwächt. Einzig die Waffenindustrie funktionierte. Da die israelische Führung damals nicht auf die Verlässlichkeit der US-Amerikaner vertrauen wollte, wurde nun der heimische militärisch-industrielle Komplex ehrgeizig ausgebaut. Waffenexporte brachten die dringend benötigten Devisen. Die extrem unausgeglichene Handelsbilanz kam langsam wieder ins Lot und gut bezahlte Jobs für zahllose Ingenieure und Wissenschaftler wurden geschaffen. Da die von den einstigen Aussenministern Golda Meir und Abba Eban sorgsam gepflegten Beziehungen zu den afrikanischen Staaten ohnehin zerbrochen waren, bot sich die Waffenbrüderschaft mit dem südafrikanischen Apartheidregime geradezu an.

Für die Regierung in Pretoria wiederum hatte sich die internationale Lage seit dem Beginn der 70er-Jahre kontinuierlich verschlechtert. In den ehemaligen portu-

giesischen Kolonien Angola und Mosambik waren linke Regierungen an die Macht gekommen. Das Ende der weissen Minderheitsregierung in Rhodesien war absehbar. Und im von Südafrika besetzten Namibia war die Widerstandsbewegung SWAPO längst zum bewaffneten Kampf übergegangen. Was die RassistInnen am Kap besonders beunruhigte, war die Präsenz kubanischer Truppen in Angola, welche die lokale MPLA-Regierung unterstützten und die von Südafrika geförderten Milizen bekämpften.

Südafrikas Militärausgaben stiegen gewaltig, und für Israels Waffenindustrie tat sich ein äusserst lukrativer Markt mit Zukunft auf. Die militärische Zusammenarbeit beschränkte sich aber bereits unter der damaligen Laborregierung von Yitzhak Rabin und dessen Verteidigungsminister Shimon Peres nicht bloss auf Lieferungen aus israelischen Waffenschmieden. Vielmehr wurden auch Offiziere aus Südafrika in Israel ausgebildet. Der zionistische Staat gab seine Erfahrungen in der Bekämpfung palästinensischer Freiheitskämpfer weiter und betätigte sich ab 1977 auch als Vermittler von Waffen aus Drittstaaten, die infolge westlicher Embargopolitik gegenüber Pretoria aus dem Südafrikageschäft gefallen waren. Dank des hohen Goldpreises infolge der Ölkrise verfügte Südafrika seinerseits über grosse Finanzmittel, von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil in den israelischen militärisch-industriellen Komplex investiert wurde.

Während die militärische Seite der Allianz geheim gehalten wurde, scheute sich Ministerpräsident Rabin nicht, zumindest auf der politischen Ebene Signale zu setzen: Am 9. April 1976 besuchte der damalige Ministerpräsident der Republik Südafrika, Balthazar Johannes Vorster, offiziell Israel, und damit auch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. In der Krypta mit der Asche von Holocaust-Opfern legte er einen Kranz nieder und las einen Psalm auf Afrikaans. Journalisten aus Südafrika hielten die Szene mit ihren Kameras fest. Die Bilder widerten Tausende von südafrikanischen Juden an, denen Vorsters Vergangenheit durchaus bekannt war: Als Mitglied der radikal nationalistischen Ossewa-Brandwag-Bewegung hatte Vorster offen Adolf Hitler und die Nationalsozialisten unterstützt. 1942 hatte Vorster noch erklärt: „We stand for Christian Nationalism which is an ally of National Socialism ... you can call such an anti-democratic system a dictatorship if you like. In Italy it is called Fascism, in Germany National Socialism and in South Africa Christian Nationalism.“ (S. 4) Grundlage dieses sogenannten „christlichen Nationalismus“ war die Apartheid, also die Trennung der „Rassen“ in ihrer brutalsten Form.

Vorsters Mann fürs Grobe war Hendrik van den Bergh, auch er ein einstiger Ossewa-Brandwag-Kader. Als Chef des berüchtigten Bureau of State Security (BOSS), einer Schaltzentrale der südafrikanischen Geheimdienste, war er eine wichtige Figur nicht nur für die Terrorisierung der schwarzen Bevölkerung, sondern auch in der strategischen Planung der israelisch-südafrikanischen Beziehungen. Ein Bild vom 11. April 1975, veröffentlicht in Polakow-Suranskys Buch, zeigt van den Bergh in trauter Runde mit Yitzhak Rabin, Shimon Peres und dem Chefpropagandisten des Apartheidregimes, Eschel Rhodie, in den Amtsräumen des israelischen Ministerpräsidenten.



Eschel Rhodie (Staatssekretär im südafrikanischen Informationsministerium), Yitzhak Rabin (israelischer Ministerpräsident), Hendrik van den Bergh (Leiter des südafrikanischen Büros für Staatssicherheit) und Shimon Peres (israelischer Verteidigungsminister) im April 1975 am Sitz des israelischen Regierungschefs in Jerusalem

Nach dem Massaker in Soweto, dem Hunderte von schwarzen SchülerInnen und StudentInnen zum Opfer gefallen waren, gingen westliche Regierungen vernehmlich auf Distanz zu Südafrika. Israel indes lieferte noch im selben Jahr sechs Raketenboote ans Kap und vergab gleichzeitig eine Lizenz für deren Nachbau in Südafrika (S. 96f.). Mit der Regierungsübernahme des rechtsgerichteten Likud unter der Führung von Menachem Begin intensivierten sich die Beziehungen zu Südafrika gar noch. Nun ging es nicht mehr hauptsächlich um wirtschaftliche und militärische Interessen, sondern man entdeckte auch ideologische Gemeinsamkeiten. Wie die Vertreter der Apartheid sahen sich auch die Likudführer umringt von äusseren Feinden. Beide vertrauten allein auf Gewalt und auf die Verweigerung gleicher Rechte an fremdethnische Gruppen. „They were willing“, so Polakow-Suransky über Menachem Begin, Yitzhak Shamir oder Ariel Sharon „to tolerate xenophobic and racist ideas – and even occasional anti-

Semitism – if those ideas served broader nationalist aims that they admired. This ethnonationalist ideology allowed Begin and other Likud leaders to stomach racist apartheid policies because these were part of a longer nationalist project designed to protect a minority group that believed its survival was threatened.“ (S. 110)

Übereinstimmende Einschätzung der Weltlage

Doch wo ist die Grenze zwischen „Ethnonationalismus“ und Rassismus zu ziehen? Rassistisches Gedankengut war den Rechtszionisten jedenfalls nicht fremd. Menachem Begin, ideologischer und politischer Ziehvater, Wladimir Zeev Jabotinsky, träumte von einem Grossisrael beiderseits des Jordanflusses. Wie die Afrikaner-Ideologen der 30er-Jahre war auch Jabotinsky fasziniert vom europäischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts mit seinem Begriff vom rassistisch homogenen Volk als „Schicksalsgemeinschaft“. In seiner Schrift „On Race“ aus dem Jahre 1913 argumentierte er, dass jede „rassistische Gemeinschaft“ über eine spezifische, genetisch bedingte psychologische Verfassung verfüge, die dem Kollektiv, trotz aller individueller Unterschiede, gemeinsam sei.

Solche Ideen wandte Jabotinsky direkt auf die arabische Bevölkerung in Palästina an, die ihm als komplette Antithese zur europäischen Zivilisation erschien. „Though Jabotinsky“, so Polakow-Suransky, „saw Arabs as culturally backward and militarily inferior, he had no illusions about the nationalist ambitions of the Arab population in Palestine.“ Deren Ambitionen seien nur mit überwältigender Waffengewalt und mit der Aufrechterhaltung einer „eisernen Mauer“ militärischer Macht zu brechen. (S. 61f.) Zionistische Extremisten wie Avraham Stern und seine Lehi-Organisation waren noch radikaler und offen rassistisch. Für sie waren die Juden Vertreter einer „Herrenrasse“ und die Araber Angehörige einer „Sklavenrasse“. Für Letztere hatten Sterns Leute, zu denen auch der spätere israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir gehörte, nur eines im Sinn, nämlich die gewaltsame Vertreibung aus Palästina beiderseits des Jordanflusses (S. 107).

Als Menachem Begin 1977 nach Jahrzehnten in der Opposition die Regierung übernahm, trug er Jabotinskys Gedankengut immer noch in sich. Dessen Ideen von einer den Juden feindlich gesinnten Welt, von militärischer Macht als wichtigstem aussenpolitischem Instrument und der Realisierung eines Grossisraels wurden nun zu Eckpunkten der regierungspolitischen Agenda.



Die von der Laborregierung bereits begonnene illegale jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete wurde in der Folge mit aller Kraft vorangetrieben.

Mit dem Sturz des Schahs in Iran hatte Israel einen militärischen Verbündeten und zahlungskräftigen Kunden seiner Waffenindustrie verloren. Insbesondere der Verlust des iranischen Partners im Bereich der Erprobung von Mittelstreckenraketen schmerzte. In diese Lücke sprang Südafrika ein, das seit 1977 an der Entwicklung leicht einsetzbarer Atomwaffen forschte (S. 113). Bereits eine Hauptquelle für Waffenlieferungen, entwickelte sich der jüdische Staat nun zum entscheidenden Partner Pretorias im Bereich der Entwicklung von Waffensystemen und Kampftraining. Die übereinstimmende Einschätzung der Weltlage liess die Bekämpfung des ANC und der PLO als gemeinsame Mission erscheinen, der man sich in geheimdienstlichen und militärischen Kreisen beider Staaten mit grösster Hingabe widmete.

Zwischen den Mitgliedern der sicherheitspolitischen und militärischen Eliten beider Länder entwickelten sich enge persönliche Freundschaften. Constand Viljoen, Generalstabschef der südafrikanischen Armee, war beispielsweise der erste ausländische Militär, der 1982 die Kampfzone im Libanon besuchen durfte. Die israelische Kriegsplanung bezeichnete der Freund vom Kap bewundernd als „strategisches Meisterwerk“. Im Juni desselben Jahres waren denn auch israelische Truppen in den Libanon einmarschiert und hatten somit in den dortigen Bürgerkrieg eingegriffen. Ziel von Verteidigungsminister Ariel Sharon war die totale Vernichtung

der PLO im nördlichen Nachbarland. Die israelische Intervention führte zu einem grauenhaften Massaker an palästinensischen Zivilisten in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila. Als ruchbar wurde, dass die christlichen Phalange-Milizen das Massaker unter den Augen der israelischen Soldaten begangen hatten, gingen in Israel 400 000 Menschen – nahezu 10% der Bevölkerung – auf die Strasse und forderten die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Verbrechens. Diese machte Sharon letztlich mitverantwortlich am Massaker in Sabra und Shatila. In der Folge musste er vom Posten des Verteidigungsministers zurücktreten, was seinen Amtskollegen in Pretoria, Magnus Malan, zu wärmsten Worten des Bedauerns über die vorzeitige Beendigung der freundschaftlichen Zusammenarbeit veranlasste (S. 148).

Unverbrüchliche Treue

In den frühen 80er-Jahren verfolgten die beiden Länder wichtige gemeinsame „Projekte“. Die Israelis rüsteten beispielsweise Südafrikas veraltete Kampffjets hoch, die im Kampf gegen die SWAPO und die Kubaner in Angola zum Einsatz kamen. Besonders brisant war jedoch die Kooperation bei der Entwicklung der Jericho-2-Mittelstreckenrakete, die fähig war, einen nuklearen Gefechtskopf zu tragen. Bereits im Jahr 1979 hatten die Israelis mit der Hilfe Pretorias eine Neutronenbombe im Südatlantik getestet. Schätzungsweise 1982 besass Südafrika eine erste eigene Atombombe, und in den 80er-Jahren arbeiteten die Südafrikaner an der Entwicklung thermonuklearer Gefechtsköpfe. Die israelisch-südafrikanische Zusammenarbeit im nuklearen Bereich war indes nicht neu. Sie reichte vielmehr bis in die Zeit der frühen 60er-Jahre zurück, als die südafrikanische Regierung Israel mit Uran belieferte. Nach israelischem Muster liess Pretoria die Welt im Unklaren, ob es nun Atomwaffen besass oder nicht. Erst im Jahre 1993 gab Südafrikas Präsident Frederik de Klerk im Parlament zu, sein Land verfüge über sieben einsetzbare atomare Sprengköpfe. Über die Kooperation mit Israel schwie er sich freilich aus.

Selbst in der Endphase des Apartheidregimes hielt Israels Führung unverdrossen am Bündnis mit den Rassisten am Kap fest. Noch in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre ging die israelische Führung davon aus, dass das Apartheidregime mindestens 20 weitere Jahre überleben würde (S. 227). Die Erfolge der weltweiten Antipartheidbewegung und die von westlichen Regierungen verhängte Sanktionspolitik zwangen die

israelische Regierung indes zu einer Art Doppelstrategie. Nachdem der US-Kongress gegen den Willen der Reagan-Administration ein umfangreiches Embargo gegenüber Südafrika verhängt hatte, zog die Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Yitzhak Shamir mit einem Handelsembargo widerwillig nach, ohne sich freilich an die eigene Politik zu halten. Die Kooperation mit dem Apartheidregime wurde weitergeführt und Israel lieferte weiterhin Waffen ans Kap. In den USA halfen die Anti Defamation League und das American Jewish Committee, die Handelsbeziehungen zwischen Israel und Südafrika zu verschleiern oder herunterzuspielen. Eine besonders scheinheilige Rolle spielte Shimon Peres, Ministerpräsident zwischen 1984 und 1986. Während er die von ihm eine Dekade zuvor initiierte Militärkooperation mit Südafrika weiterverfolgte, brandmarkte er die Apartheid in der Öffentlichkeit mit markigen Worten. Während eines Staatsbesuchs in Kamerun erklärte er beispielsweise: „A Jew who accepts apartheid ceases to be a Jew. A Jew and racism do not go together.“ (S. 188)

Schliesslich dämmerte es der israelischen Führung, dass sie wohl auf der falschen Seite stand. Linkspolitiker wie Jossi Beilin und Alon Liel durften Beziehungen zum ANC herstellen, stiessen dort aber auf gemischte Reaktionen. Trotz der eigenen verhängten Sanktionen, die das Abschliessen neuer Verträge verboten, wurden alte Projekte mit aller Kraft weiterverfolgt. Noch zu Beginn der 90er-Jahre, während der sogenannten Übergangsphase zu demokratischen Verhältnissen in Südafrika, verfolgte Israels Rüstungsindustrie das sogenannte Projekt Tunny, nämlich die Aufrüstung von Südafrikas Kampfbomberflotte mit neuartiger Elektronik.

Während das Apartheidregime mit der Wahl Nelson Mandelas zum Präsidenten der Republik Südafrika auf dem Müll der Geschichte landete, entwickelte sich Israel zu einem Festungsstaat. Warum ging das Apartheidregime unter, während Israel noch heute fremdes Gebiet widerrechtlich besetzt hält? Als Antwort auf diese Frage zitiert Polakow-Suransky zwei führende südafrikanische Akademiker, die im Jahre 1979 schrieben: „Israel solicits empathy because it stands for the minority right to live after experiencing the most systematic genocide in history. Israel can offer the Western world the continuous exorcism from fascism.“ In der Tat, so Polakow-Suransky, verfügte das Südafrika der Apartheid über kein vergleichbares moralisches Druckmittel: South Africa's „overt racism offended Western political sensibilities far more than Israel's occupation of Palestinian land, and American and European policym-

kers did not believe white South Africans deserved protection in the same way Jews did after the Holocaust.“ (S. 10ff.)

Israel und die Apartheid

Wer sich mit der Allianz zwischen dem Apartheidregime und Israel beschäftigt, kommt nicht umhin, auf die Analogien zwischen den beiden Staaten zu verweisen. Der Autor listet diese fein säuberlich auf: Die Zerstückelung des Westjordanlands in unzusammenhängende Enklaven (Bantustanisierung), die „Israeli-only“-Strassen in den besetzten Gebieten, die zahllosen Checkpoints zur Überwachung der palästinensischen Bevölkerung, die Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser aufgrund des Jerusalem Municipal Codes zur Bildung einer sogenannten Jewish Neighbourhood, die kollektive Bestrafung und Vertreibung von Familien sogenannter Terrorverdächtiger und die Tatsache, dass PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten nur mit offizieller Erlaubnis Jerusalem betreten und auf dem Tempelberg beten dürfen.

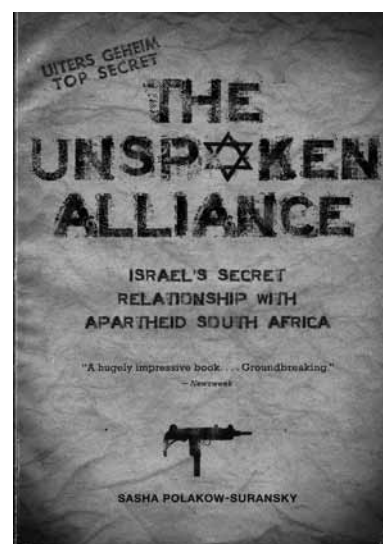
Allerdings weist Polakow-Suransky auch auf Grenzen des Apartheidvergleichs hin. Und hier liegt eine der Antworten auf die Frage nach der Langlebigkeit des zionistischen Machtanspruchs. Die weisse Minderheit in Südafrika war existenziell auf die Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskräfte angewiesen. Der innere Widerspruch der Apartheid, nämlich die Ausbeutung schwarzer Arbeitskräfte bei deren gleichzeitiger gesellschaftlicher Ausgrenzung konnte auf die Länge nicht funktionieren. Anders in Israel: Zwar importierte das Land seit den 80er-Jahren billige Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten, aber die israelische Wirtschaft war nie existenziell auf deren Ausbeutung angewiesen. In der Tat verrichten seit den beiden Intifadas und der Abriegelung des Westjordanlands vor allem Arbeitskräfte aus Asien und Afrika die Drecksarbeit in Israel. Leila Farsakh, Professorin an der Universität von Massachusetts, hat den grundsätzlichen Unterschied zwischen Apartheid und Zionismus auf den Punkt gebracht: „South African apartheid wanted the land and the people, albeit with segregation; the Israeli leadership tried to take the land without the people.“ (S. 239) Dem kann man sicherlich beipflichten.

Letztlich stellt Polakow-Suransky folgende These auf: Entweder stimmt Israel der Entstehung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zu – wie dieser aussehen soll, erklärt er allerdings nicht – oder die Apartheid verfestigt sich. Denn angesichts der demo-

grafischen Entwicklung wird es künftig im israelischen Kerngebiet wie auch im Westjordanland eine jüdische Minderheit und eine arabische Mehrheit geben. Damit macht er sich die Meinung des ehemaligen israelischen Aussenministers Shlomo Ben-Ami zu eigen. Dieser hat vor einem binationalen Staat gewarnt, weil dieser keinesfalls die Lösung des Konflikts, sondern vielmehr die Institutionalisierung einer Zweiklassengesellschaft auf der Grundlage unterschiedlicher politischer und ziviler Rechte nach sich zöge. Denn, so Shlomo Ben-Ami und letztlich Polakow-Suransky, eine solche Situation „would not lend itself to a peaceful South Africanstyle solution, because Israel, with its superior might, would never concede power to a Palestinian majority as white South Africans eventually did to the black majority in 1994“ (S. 240). Bleibt somit die Vision eines binationalen Staates beiderseits des Jordanflusses, innerhalb der Grenzen desselben alle BürgerInnen gleich welcher ethnischen oder religiösen Herkunft dieselben Rechte geniessen, gemäss Polakow-Suransky eine Illusion? Voraussetzung dazu wäre freilich der israelische Verzicht auf das zionistische Projekt eines jüdischen Staates. Diese Möglichkeit zieht der Autor offensichtlich nicht in Betracht!

Alles in allem hat Polakow-Suransky ein mutiges und sehr kenntnisreiches Buch geschrieben. Es ist tadellos recherchiert und liest sich stellenweise wie ein Thriller aus der Welt der Geheimdiplomatie. „Unspoken Alliance“ sollte Pflichtlektüre für all diejenigen sein, die sich für die BDS-Kampagne nach dem Muster der einstigen Antipartheidbewegung engagieren.

Sasha Polakow-Suransky, The Unspoken Alliance. Israel's Secret Relationship with Apartheid South Africa, Pantheon Books, New York, 2010, 324 Seiten, Preis Fr. 27.–





„Das Labor“: Israel erprobt Waffen und Taktiken an ausgelieferter palästinensischer Bevölkerung

Seit Frühjahr läuft ein neuer Film in den Kinos, der sich mit der israelischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie beschäftigt. Der vom israelischen Journalisten Yotam Feldman gedrehte Dokumentarfilm „The Lab“ lässt israelische Waffenhändler zu Wort kommen und geht auf die ökonomische Bedeutung dieses Industriezweigs für die israelische Wirtschaft ein. Er zeigt eindrücklich, welche funktionale Rolle die Erfahrungen der Armee in den besetzten Gebieten für die Vermarktung israelischer Rüstungsgüter und Expertise spielen. **The Lab (dt. Das Labor), Dokumentarfilm, 60 min. (Red.)**

Jonathan Cook

Jonathan Cook lebt als Journalist in Nazareth. Sein jüngstes Buch ist unter dem Titel „Disappearing Palestine“ erschienen.



Der israelische Präsident Shimon Peres, jener Mann, der in den 1960er-Jahren die geheime Entwicklung der israelischen Atombombe beaufsichtigte, lud im Juni aus Anlass seines 90. Geburtstags ein grosses Aufgebot an Stars zu einer als Präsidentenkonferenz ausgegebenen Feier. Abgesehen vom Entscheid des bekannten britischen Physikers Stephen Hawking, den Anlass zu boykottieren, trübte nichts die ungenierte Zelebrierung von Peres' Leben und Wirken im Kreis unzähliger Stars und Mächtiger, vom ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton bis zur Sängerin Barbara Streisand. Die mit 3 Mio. Dollar veranschlagten Kosten für die Ehrung des israelischen Staatsoberhauptes wurden laut einer israelischen Website hauptsächlich von der Rüstungs-

Bild oben: Waffenmesse (Ausschnitt aus „The Lab“)

industrie getragen. Die drei wichtigsten Sponsoren der Konferenz, darunter deren Ehrenvorsitzender Aaron Frenkel, sind einflussreiche Waffenhändler.

Angesichts des atemberaubenden Aufstiegs Israels in den Rankings des internationalen Waffenhandels ist dies nicht unpassend. Israel zählt zwar weniger EinwohnerInnen als New York City, ist in den letzten Jahren aber zu einem der bedeutendsten Waffenexporteure der Welt aufgestiegen. Ein Experte der Militärzeitschrift *Jane's* setzte Israel im Juni 2013 an sechste Stelle, noch vor den beiden grossen Waffenherstellern China und Italien. In anderen Studien liegt Israel bei Berücksichtigung des wachsenden verdeckten Handels sogar an vierter Stelle vor Grossbritannien und Deutschland, übertroffen nur von den Vereinigten Staaten, Russland und Frankreich.

Militärische Hightech-Industrie als bedeutender Wirtschaftsfaktor

Wie erfolgreich sich Israel auf diesem Markt behauptet, zeigt eine einfache Rechnung. Mit dem letztjährigen Rekordabsatz von 7 Mrd. Dollar generierte das Land mit dem Waffenhandel nahezu 1000 Dollar pro Kopf – rund das Zehnfache dessen, was die USA pro Kopf mit Waffenexporten erzielen. Die Bedeutung des Waffenhandels für die israelische Wirtschaft lässt sich auch daran ermessen, dass 6800 Israelis im Rüstungsexport tätig sind, wie die zuständigen Behörden im Juli aufgrund eines Gerichtsurteils preisgeben mussten. Parallel dazu erwähnte Ehud Barak, Verteidigungsminister der letzten Regierung, dass rund 150 000 israelische Haushalte oder zehn Prozent der Bevölkerung wirtschaftlich von der Waffenindustrie abhängen. Abgesehen von diesen Enthüllungen lüftet Israel nur unwillig das Geheimnis, das grosse Teile seines Rüstungshandels umgibt, da, wie es heisst, weitere Enthüllungen der „nationalen Sicherheit und den Aussenbeziehungen“ schaden.

Bislang unterstand die Waffenindustrie dem Verteidigungsministerium, da zahlreiche Staatsbetriebe für die israelische Armee Waffensysteme entwickeln. Mit dem Aufstieg der Hightech-Industrie im letzten Jahrzehnt witterte aber eine neue Generation an aus der Armee entlassenen Offizieren die Gelegenheit, ihr militärisches Wissen und die guten Beziehungen zur Armee zu nutzen, um neue Rüstungsgüter für den heimischen wie den Exportmarkt zu entwickeln und zu testen. Dabei rückte die Waffenindustrie zu einem be-

deutenden Akteur der israelischen Wirtschaft auf und ist heute für ein Fünftel aller israelischen Exporte verantwortlich. „Der [israelische] Verteidigungsminister befasst sich nicht nur mit Kriegen, sondern stellt auch sicher, dass die Verteidigungsindustrie ihre Produkte absetzen kann“, bemerkt Leo Gleser, Inhaber einer auf die Erschliessung neuer Märkte in Lateinamerika spezialisierten Waffenberatungsfirma. Gleser ist einer von zahlreichen Waffenhändlern, die in einem neuen Dokumentarfilm zu Wort kommen, der sich mit Umfang und Art der israelischen Waffengeschäfte befasst.

Der am israelischen Dokumentarfilmfestival ausgezeichnete Film „The Lab“ („Das Labor“) von Regisseur Yotam Feldman zeigt erstmals in Nahaufnahme die israelische Waffenindustrie und die darin reich gewordenen Händler. Der Titel bezieht sich auf eine Kernaussage des Films: Israel ist rasch dazu übergegangen, sich auf die fortlaufende Ausgeliefertheit der PalästinenserInnen in den effektiv grössten Freiluftgefängnissen der Welt abzustützen. Das liegt an den enormen Profiten, die mit militärischen Innovationen erzielbar sind, die Israel an den über vier Millionen PalästinenserInnen im Gazastreifen und im Westjordanland erproben kann.



Shimon Naveh vor der Attrappe eines palästinensischen Dorfs, wo er seine Taktik des Durchbrechens von Mauern erklärt (Ausschnitt aus „The Lab“)

Zweitkarriere im Waffenhandel

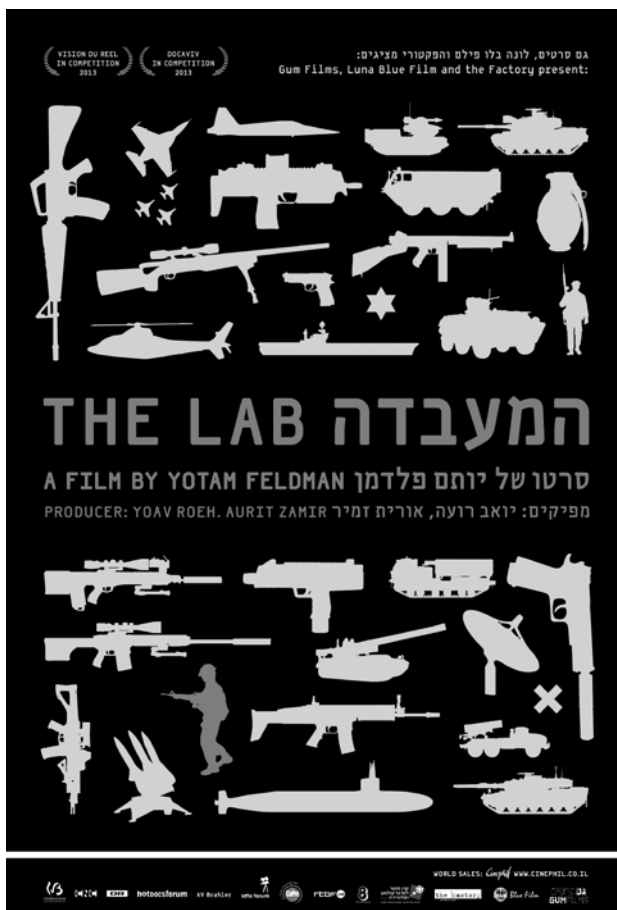
Begonnen hat dieser Trend laut Feldman mit der Operation „Defensive Shield“, dem Wiedereinmarsch der israelischen Armee in den besetzten Gebieten im Jahr 2002, der den mit dem Oslo-Abkommen eingeleiteten Prozess des Rückzugs formell beendete. In der Folge gingen viele Offiziere in die Privatwirtschaft, und ab

2005 erzielte die israelische Waffenindustrie neue Rekordumsätze von 2 Mrd. Dollar im Jahr. Die höchsten Umsätze wurden jedoch in der Folge der Operation „Cast Lead“ erzielt, dem einen Monat dauernden Angriff auf den Gazastreifen im Winter 2008/09, in dem über 1400 PalästinenserInnen und 13 Israelis getötet wurden. Die Exporte erreichten Rekordwerte von 6 Mrd. Dollar.

Diese Militäroperationen bis hin zur bislang letzten im Vorjahr („Pillar of Cloud“) dienten im Wesentlichen laborähnlichen Versuchen, um die Effizienz neuartiger Militärstrategien und Waffensysteme zu testen, so die Aussage des Films. Vor allem der Gazastreifen ist für die israelische Militärindustrie zu einem Schaufenster geworden, das die Entwicklung und Vermarktung von Langzeitüberwachung, Kontrolle und Unterwerfung einer „verfeindeten“ Bevölkerung erlaubt. Da die Mehrheit der PalästinenserInnen mittlerweile eng zusammengedrängt in städtischen Zentren lebt, musste die traditionelle Politik der Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kämpfern gekippt werden. Israels Ziel in den Gebieten sei es, die lokale Bevölkerung zu bestrafen, um grösseren „Manövrierraum“ zu schaffen,

meint Amiram Levin, ehemaliger Kommandant des Nordabschnitts in den 90er-Jahren und heute Waffenhändler, an einer Konferenz der Waffenindustrie. Was die Folgen betrifft, lautet sein Kommentar: Die meisten PalästinenserInnen „wurden geboren, um zu sterben – wir müssen ihnen nur helfen“.

Der Film zeigt die Art von Erfindungen, für die das Land von ausländischen Geheimdiensten umworben wird. Israel war tonangebend bei der Entwicklung von unbemannten Tötungsmaschinen wie den Flugdrohnen, die jetzt im Zentrum des US-Programms für aussergerichtliche Hinrichtungen im Mittleren Osten stehen. Diesen Erfolg hofft Israel nun mit Raketenabwehrsystemen wie Iron Dome zu wiederholen, das jedes Mal über die Bildschirme flimmert, sobald eine Rakete aus dem Gazastreifen abgeschossen wird. Ein Spezialgebiet liegt auf der Realisierung futuristischer Waffen wie einem um die Ecke schießenden Gewehr. Kein Wunder, dass sich auch Hollywood mit Angelina Jolie im Film „Wanted“ an der Vermarktung der Feuerwaffe mit gekrümmtem Lauf beteiligt. Die überraschenden „Stars“ von „The Lab“ sind aber nicht aalglatte Geschäftsleute, sondern frühere Armeeoffiziere, die heute als Akademiker massgeblich an der Entwicklung neuer Militärtechniken und Waffenlager für die israelische Armee und Hightech-Unternehmen beteiligt sind.



Theoretiker des Todes

Shimon Naveh, ein manisch erregter Philosoph, schreitet durch die Attrappe eines arabischen Dorfs, die den Hintergrund für seine Ausarbeitung einer neuen Theorie der urbanen Kriegsführung während der zweiten Intifada abgab. Im Vorfeld des Angriffs auf die von der israelischen Armee wegen ihrer verwinkelten Gassen gefürchtete Altstadt von Nablus 2002 schlug er vor, die Soldaten sollten nicht durch die engen Gassen vordringen, wo sie leicht ins Visier genommen werden können, sondern ungesehen durch die Häuser, indem sie Löcher in die Wände zwischen diesen schlugen. Navehs Idee trug entscheidend zur Niederschlagung des bewaffneten palästinensischen Widerstands bei, der an den einzigen Orten blossgelegt wurde, wo sich palästinensische Kämpfer noch der israelischen Überwachung entziehen konnten – im Zentrum der überbevölkerten Städte und Flüchtlingslager.

Ein anderer Experte, Yitzhak Ben Israel, ein ehemaliger General, der heute an der Universität Tel Aviv lehrt, war an der Entwicklung einer mathematischen Formel zur Berechnung des möglichen Erfolgs von Tötungs-

programmen bei der Zerschlagung des organisierten Widerstands beteiligt. Die Berechnungen Ben Israels belegten, dass die Armee eine palästinensische Zelle, die einen Angriff plant, mit hoher Wahrscheinlichkeit zerstören kann, wenn sie nur ein Fünftel der Kämpfer „neutralisiert“.

Genau diese Mischung aus Theorie, Hardware und wiederholter „Erprobung“ im Feld macht Armeen, Polizeien und Sicherheitsdienste aus den USA, Europa, Asien und Lateinamerika so begierig, Israels Knowhow zu kaufen. Die im Gazastreifen und dem Westjordanland gemachten Erfahrungen finden in Afghanistan und im Irak praktische Anwendung, wie der Film deutlich zeigt. Für den ehemaligen israelischen Verteidigungs- und heutigen Industrieminister Benjamin Ben Eliezer liegt Israels Vorteil darin, dass „Leute gerne kaufen, was bereits erprobt ist. Wenn Israel Waffen verkauft, sind diese bereits getestet und erprobt. Wir können sagen, wir haben sie bereits 10, 15 Jahre lang im Einsatz.“

Heuchelei der Staatengemeinschaft

Und Yoav Galant, Kommandant des Südabschnitts während der Operation Cast Lead, betont: „Während uns manche Länder Europas oder Asiens für den Angriff auf Zivilpersonen verurteilten, haben sie gleichzeitig ihre Offiziere hergeschickt; ich habe Generäle aus zehn Ländern instruiert, wie wir auf diesen geringen Anteil [von zivilen palästinensischen Todesopfern] gekommen sind [Galants falsche Beteuerung, die meisten Getöteten seien palästinensische Kämpfer gewesen]. Die Heuchelei ist gross: Sie verurteilen uns politisch, und gleichzeitig fragen sie uns Israelis, was unser Trick ist, um Blut zu Geld zu machen.“

Für all jene, die auf ein Ende der israelischen Besatzung Palästinas hoffen, bietet der Film in seiner überzeugenden Kernaussage eine verstörende Botschaft. Denn je tödlicher das Arsenal israelischer Waffen und je geringer die Gefährdung der Soldaten, desto höher die Toleranz der Gesellschaft gegenüber Kriegen als Hintergrundgeräusch des Lebens. Wenn die Israelis keinen Preis für den Krieg zahlen, gibt es auch keinen Druck auf Armee und Regierung, ihn zu beenden. Der Druck steigt eher in die andere Richtung. Solange die besetzten Gebiete als ideales Versuchslabor genutzt werden können, bieten regelmässige Angriffe auf die PalästinenserInnen zur Erprobung und Vorführung eigener Waffensysteme Israel ein wesentlich lukrativeres



Regisseur Yotam Feldman bedient die von der israelischen Firma Corner-Shot entwickelte Waffe gleichen Namens (Filmausschnitt „The Lab“).

Geschäftsmodell, als es ein Friedensabkommen wäre. So stellte der politisch weit rechts stehende Industrieminister Naftali Bennett im Juli nach einer China-Reise erwartungsvoll wie beschönigend fest: „Niemand auf der Welt interessiert sich für die palästinensischen Anliegen. Was die Welt – von Peking über Washington bis Brüssel – interessiert, ist israelische Hightech.“ Angesichts des brennenden Interesses ausländischer Regierungen, von Israels Erfahrungen zu lernen, drängt sich die nicht weniger beunruhigende Frage auf: Wem von uns sonst noch blüht eine ähnliche Zukunft wie den PalästinenserInnen?



Regisseur Yotam Feldman

Yotam Feldman ist Journalist, unabhängiger Filmemacher und Aktivist. Er publiziert regelmässig für die Wochenendausgabe von Haaretz, studiert Philosophie an der Uni Tel Aviv und beteiligt sich an den Demonstrationen und Aktivitäten der „Anarchists Against Walls“ im Westjordanland.



Tödliche Flugobjekte

In den USA ist eine Diskussion über den Einsatz von Drohnen in gezielten Tötungen entbrannt. Grundsätzliche Fragen stellen sich auch für die Schweiz, die für 2015 die Beschaffung neuer Drohnen plant. Als Lieferanten sind zwei israelische Rüstungsunternehmen vorgesehen, was die Schweiz in Konflikt mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen bringt. Ausserdem stellt sich die Frage nach der demokratischen Kontrolle von Drohneneinsätzen bei militärischer wie ziviler Nutzung.

Anne Grobet

Die Zahl der im Jemen, in Palästina, Somalia und anderenorts durchgeführten Drohnenangriffe lässt sich nur schätzen. Die Zahl der bei solchen Einsätzen getöteten Opfer und der Verletzten ist ebenso unklar. Denn diese militärischen Operationen werden geheim gehalten, Befehlsstrukturen und Verantwortlichkeiten bleiben im Dunklen. Dieser Beitrag kann also keine genauen Fakten und präzisen Zahlen zu Todesopfern und Angriffen liefern.

Ein weiterer Punkt trägt zur Unklarheit der Situation bei: In welchem rechtlichen Rahmen finden die Drohneneinsätze jeweils statt? Im Fall eines bewaffneten Konflikts werden die Rechte und Pflichten der Krieg führenden Parteien vom humanitären Völkerrecht, also

dem Kriegsrecht, festgelegt. Eine der Haupterrungenschaften des humanitären Völkerrechts ist die Anerkennung der Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kämpfern durch die Genfer Konventionen von 1949. Sie stellen den Versuch dar, einen Kompromiss zwischen militärischen Sicherheitserfordernissen und dem Schutz der Grundrechte von Zivilpersonen zu finden. Durch den Einsatz von Drohnen wird diese Unterscheidung aufs Spiel gesetzt. Nach welchen Kriterien werden die Opfer von Angriffen definiert? Lässt sich ein Angriff auf eine Gruppe rechtfertigen, die mittels Satellitenüberwachung beobachtet wurde? Können alle Mitglieder einer Gruppe als Kombattanten betrachtet werden, und wenn ja, aufgrund welcher Kriterien? Finden sich unter den Angegriffenen nicht auch immer Zivilpersonen, also sogenannte „Kollateralschäden“, wie zivile Opfer oft zynisch genannt werden? Handelt es sich bei solchen Militärschlägen folglich nicht um Verletzungen des humanitären Völkerrechts, die untersucht werden müssten?

Bild oben: Heron-1-Drohne von Israel Aerospace Industries, die für die Schweiz in der engeren Auswahl steht

Diese Fragen stellen sich im Fall eines bewaffneten Konflikts, wie er im Gründungsdokument der Vereinten Nationen, der UNO-Charta, definiert wird. Der rechtliche Rahmen des Einsatzes von Drohnen ist aber nicht klar. Befinden sich die Vereinigten Staaten etwa mit Pakistan im Krieg? Trotzdem hat die CIA laut Erhebungen des Bureau of Investigative Journalism seit 2004 nicht weniger als 376 Drohnenangriffe gegen pakistanisches Territorium geführt, was einer flagranten Verletzung der Souveränitätsrechte Pakistans gleichkommt. In welchem Rahmen finden diese Handlungen statt? Wie werden die Angriffe juristisch gerechtfertigt? Und wie steht es angesichts des Fehlens eines klaren Rechtsrahmens um die Verantwortung der Angreifer? Die amerikanische Regierung beruft sich auf ihr Recht der „legitimen Verteidigung“, das durch eine unmittelbare Gefahr gerechtfertigt sei, und erklärt die Angriffe als Teil ihres Krieges gegen al Qaida.

Christof Heyns, Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen über aussergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, sieht einen Kriegszustand dann gegeben, wenn auf einer gewissen Intensitätsstufe ein „anhaltender bewaffneter Konflikt“ besteht. Dieser rechtfertigt aber zu keinem Zeitpunkt die Ausserkraftsetzung grundlegender Menschenrechte wie des Rechts auf Leben oder der staatlichen Pflicht zur Verteidigung dieser Rechte. Während im Völkerrecht in vielen Bereichen bedeutende Fortschritte erzielt werden, bedroht der Einsatz von Drohnen zu militärischen Zwecken im selbst deklarierten „globalen Krieg gegen den Terror“ nicht nur diese Fortschritte, sondern scheint sogar hinter bisherige Errungenschaften zurückzufallen. Diese alarmierende Situation hat zahlreiche Organisationen aufgerüttelt. So setzen sich Amnesty International, das Bureau of Investigative Journalism, Human Rights Watch, ALKarama, die UNO-Sonderberichterstatler Christof Heyns und Ben Emmerson für mehr Transparenz und Regulierung in diesem Bereich ein.

Beispiellose Überwachungsmöglichkeiten

In diesem Kontext erwägt das Eidgenössische Verteidigungsdepartement (VBS) im Rahmen seines Rüstungsprogramms für 2015 den Kauf von sechs Drohnen der Kategorie Medium Altitude Long Endurance (MALE). Der definitive Entscheid wird 2014 gefällt werden. Die 2012 veröffentlichte Ausschreibung führte bereits zu einer Vorauswahl von zwei möglichen israelischen

Flugzeugen im Wert von 300 bis 400 Millionen Franken: Heron von Israel Aerospace Industries (IAI) und Hermes 900 von Elbit Systems. Im Konfliktfall könnten diese Drohnen „durch kleine Veränderungen vorteilhaft zur Unterstützung von Bodentruppen und zur Zerstörung eines Objekts eingesetzt werden“, wie der Militärexperte Hervé de Weck in einem Interview in *La Liberté* von Mai 2013 betont. Die Maschinen seien laut den Verantwortlichen jedoch für sogenannt „zivile Nutzung“ vorgesehen. In einem Artikel der Westschweizer Zeitschrift *24h* von September 2009 zählt der zuständige Projektleiter bei Armasuisse, Roland Ledermann, die drei Haupteinsatzbereiche auf: „Luftraumüberwachung, die Überwachung eines festgelegten Territoriums und die Unterstützung von Patrouillen des Grenzwachkorps“.

Mit einer möglichen Flughöhe von 9000 Metern bieten die technologisch hoch entwickelten Drohnen bislang beispiellose Überwachungsmöglichkeiten und erlauben die Speicherung von Daten durch optische und Infrarotkameras. In einem sogenannt zivilen Kontext könnte die Schweizer Armee also die Kontrolle und Überwachung einer Demonstration übernehmen. Sie könnte, ebenfalls in einem sogenannt zivilen Kontext, Fotos von DemonstrantInnen an die Sicherheitskräfte weiterleiten. Gemäss dem in Genf angesiedelten Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DDCAF) beschränken in demokratischen Gesellschaften „Gesetze über die Nachrichtendienste die Art der Informationen, die Beamte dieser Dienste sammeln dürfen, und verbieten die Sammlung von Informationen über Personen und Aktivitäten, die die nationale Sicherheit nicht bedrohen“. Zudem ist es „Beamten der Sicherheitsdienste normalerweise von Gesetzes wegen verboten, Informationen über legale politische und gesellschaftliche Aktivitäten zu sammeln“. Der Einsatz von Drohnen im sogenannten Zivilbereich wirft damit ernsthafte Fragen über die Legitimität dieser Massnahmen und deren demokratische Kontrolle auf.

Die im internationalen wie nationalen Zusammenhang aufgeworfenen Fragen wären alleine schon ausreichend, ein Moratorium des Kaufs von Drohnen durch die Schweiz als Depositär- und Signatarstaat der Genfer Konventionen zu fordern. Daneben ist aber auch die Herkunft der Drohnen problematisch. Der geplante Ankauf von Drohnen aus Israel widerspricht den rechtlichen Verpflichtungen der Schweiz als Depositär- und vor allem Signatarstaat der Genfer Konventionen. Die beiden von der Schweiz in der Vorselektion berücksichtigten Unternehmen, IAI und Elbit Systems, haben



Töten vom bequemen Sessel aus

ihre Drohnen durch Überwachung, Unterdrückung und gezielte Tötung von PalästinenserInnen, darunter zahlreiche Zivilpersonen, entwickelt. In dieser Hinsicht sind beide mitbeteiligt und mitverantwortlich für das Unterdrückungsregime des israelischen Staates. Mit dem Kauf israelischer Drohnen würde die Schweiz eine Technologie unterstützen, die unter Verletzung der Genfer Konventionen im Rahmen der repressiven Politik Israels gegenüber palästinensischen Zivilpersonen entwickelt und erprobt wurde.

Demokratische Kontrolle

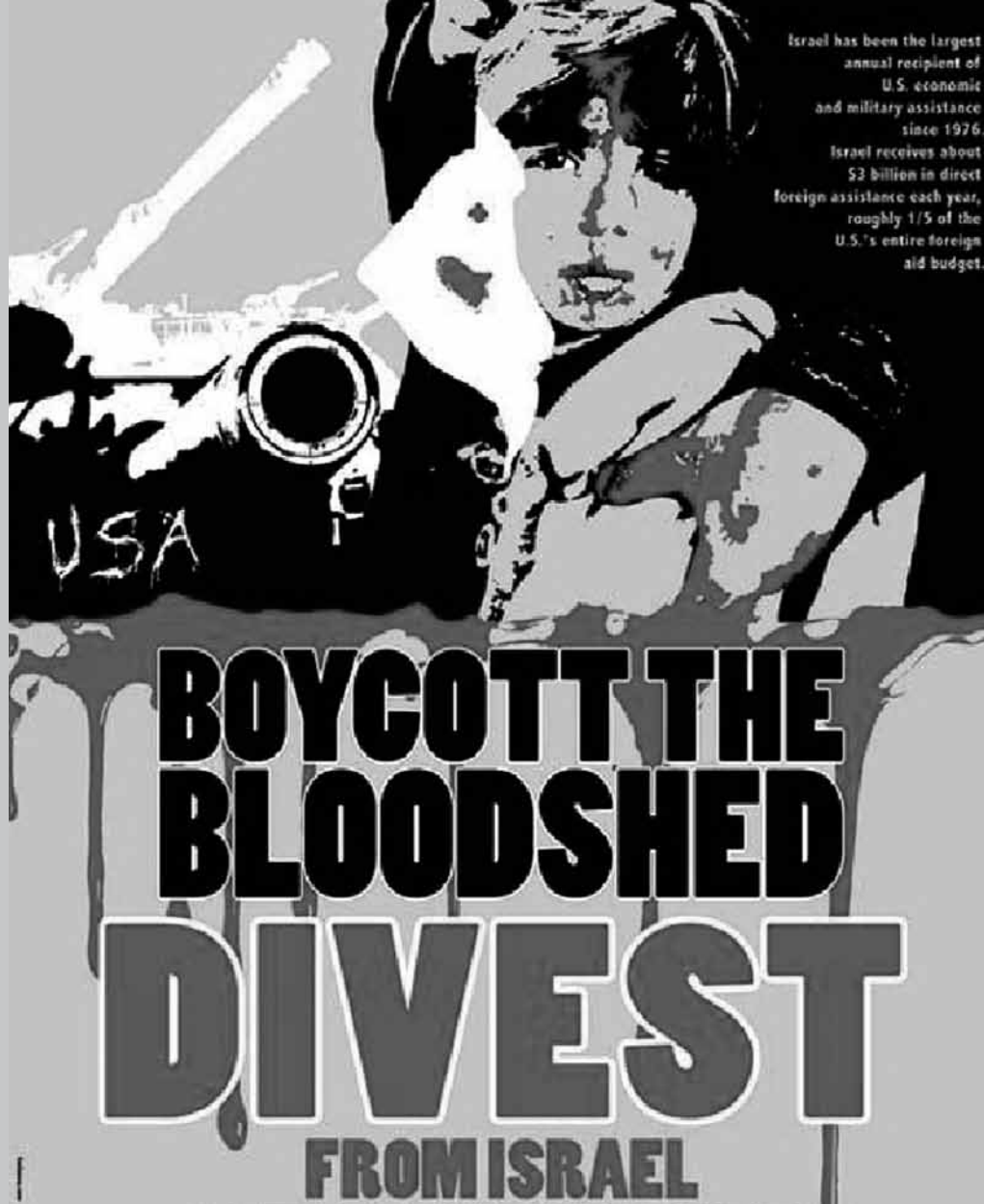
Die Entwicklung neuer Technologien im Kommunikations-, Energie- und Rüstungsbereich scheint ein fester Bestandteil unserer Gesellschaften zu sein. In diesem

Rahmen kann die Entwicklung von Drohnen vermutlich nicht aufgehalten werden. Umso wichtiger ist es, grundsätzlich Fragen nach deren Einsatz, der Verantwortung der Befehlshaber und der demokratischen Kontrolle militärischer und polizeilicher Aufgaben zu stellen, damit der Kriegszustand und/oder die Überwachung nicht zur Norm werden. Als Signatar- und Depositärstaat der Genfer Konventionen kann die Schweiz darüber hinaus nicht an der Stärkung der israelischen Rüstungswirtschaft mitwirken. Die Schweiz kann angesichts ihrer internationalen Verpflichtungen im gegebenen Kontext die Erprobung solcher Geräte an Zivilpersonen nicht mittragen. Es braucht entsprechenden Druck auf das Parlament und den Bundesrat, damit auf den Kauf israelischer Drohnen verzichtet wird und die Schweiz ihren Verpflichtungen gegenüber dem Völkerrecht, aber auch gegenüber den eigenen BürgerInnen nachkommt.

Dieser Sondernummer legen wir erneut die von BDS Schweiz und anderen Organisationen lancierte Petition gegen den geplanten Ankauf israelischer Drohnen durch die Schweizer Armee bei. Rund 5000 Unterschriften liegen bereits vor. Die Diskussion im Parlament findet voraussichtlich im Frühjahr 2014 statt. Wir freuen uns über aktive Mithilfe beim Unterschriftensammeln.

Kontakt für freiwillige Mithilfe bei Standaktionen und die Zusendung von Petitionsbogen:

kontakt@bds-info.ch



Aufruf der palästinensischen BDS-Kampagne zur sofortigen Verhängung eines umfassenden militärischen Embargos gegen Israel

Besetztes Palästina, 9. Juli 2011 – Während der Arabische Frühling für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit die Kollaboration der Regierungen der Welt mit den autokratischen und unterdrückerischen arabischen Regimen aufgedeckt hat, setzen viele Staaten und Firmen ihren Business-as-usual-Waffenhandel und ihre

militärische Kooperation mit Israel ungebrochen fort.

Die Zusammenarbeit mit Israel wird aufrechterhalten – trotz der von Israel systematisch eingesetzten massiven und tödlichen Gewalt gegen PalästinenserInnen und andere arabische ZivilistInnen, einschliesslich Schulkindern und friedlichen Aktivisten, trotz der zunehmend

brutalen Kolonialisierungspolitik gegen die palästinensische Bevölkerung und trotz der fortgesetzten eklatanten Verstösse gegen internationales Recht.

Sieben Jahre nachdem der Internationale Gerichtshof in seiner Stellungnahme empfohlen hatte, durch internationalen Druck sicherzustellen, dass Israel die illegale Mauer in der besetzten Westbank wieder abbaut, und am sechsten Jahrestag des Aufrufs der palästinensischen Zivilgesellschaft zu einer breiten Kampagne von Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel, bis es sich an internationales Recht hält, ruft das Nationale Palästinensische BDS-Komitee (BNC) nun dringend zu einer internationalen Kampagne für die sofortige Verhängung eines verbindlichen und umfassenden militärischen Embargos gegen Israel auf, ähnlich dem, das seinerzeit gegen das Apartheidregime in Südafrika verhängt wurde.

Seit seiner gewaltsamen Geburt durch die systematische ethnische Säuberung von PalästinenserInnen vor mehr als 60 Jahren hat Israel nicht aufgehört, Millionen von PalästinenserInnen und anderen AraberInnen in den Nachbarländern Tod, Verletzung, gewaltsame Vertreibung, Enteignung und Zerstörung zu bringen.

Israel nutzt militärische Gewalt, um sein gesetzwidriges Regime von Besatzung, Kolonialismus und Apartheid aufrechtzuerhalten und so viel Land mit so wenig indigenen PalästinenserInnen wie möglich unter seine Kontrolle zu bringen und die PalästinenserInnen daran zu hindern, ihr unveräusserliches Recht auf Selbstbestimmung auszuüben.

Israel hat wiederholt internationales Recht gebrochen und bewaffnete Konflikte initiiert, um sich durch die Annexion besetzter Gebiete territorial zu erweitern. Im Falle der Golanhöhen wurde dies durch die Generalversammlung der UNO als ein Akt der Aggression gewertet. Israels Versuche, diese Art des illegalen kriegerischen Vorgehens als „Selbstverteidigung“ zu rechtfertigen, halten einer rechtlichen – oder moralischen – Prüfung nicht stand, da Staaten sich nicht auf Selbstverteidigung berufen können, um eine unrechtmässige Situation aufrechtzuerhalten, die sie selbst überhaupt erst geschaffen haben.

Israel hat nachweislich immer wieder gegen internationales humanitäres Recht und gegen die Menschenrechte verstossen in seinen diversen militärischen Konflikten, einschliesslich militärischer Operationen, Invasionen und Besetzungen palästinensischen und anderen arabischen Territoriums. Unter anderem hat es exzessive und wahllos Gewalt eingesetzt und vor-

sätzlich ZivilistInnen und zivile Infrastruktur zum Ziel von Militärschlägen gemacht. Dies hat wiederholt zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt.

Darüber hinaus nutzt Israel seine bewaffneten Konflikte und militärischen Angriffe kontinuierlich als „Feldversuche“ für Waffen und Doktrinen der Kriegsführung gegen die palästinensische und libanesische Bevölkerung und kooperiert zu diesem Zweck eng mit seinen Forschungsinstituten. Israel verschafft auf diese Weise seiner militärischen Industrie einen Wettbewerbsvorteil auf dem Weltmarkt, dessen Profite wiederum dazu dienen, Besatzung, Kolonialismus und Apartheid zu finanzieren.

Staaten und überstaatliche Organisationen wie die Vereinten Nationen haben eine rechtliche Verpflichtung, sicherzustellen, dass sich Israel an internationales Recht hält – darin haben sie jedoch bisher versagt. Diese Straflosigkeit ermutigt Israel, seine Politik der Gewalt, des Militarismus und Expansionismus auszubauen, und Israels internationale militärische Handelsbeziehungen finanzieren das Ganze.

Zahlreiche UNO-Resolutionen und Berichte von internationalen Menschenrechtsorganisationen beweisen unwiderlegbar Israels gesetzwidrigen Einsatz von Gewalt und Waffen in seinen militärischen Aggressionen, das Verüben von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – einschliesslich Kollektivstrafen – und schwere Menschenrechtsverletzungen.

Trotzdem setzen ausländische Regierungen, multilaterale Organisationen und Firmen ihre Kooperation mit Israels Armee und Militärindustrie nicht nur fort, sondern erhöhen auch ihre Unterstützung von und Investitionen in Israels Militärforschung und -entwicklung, die häufig in Kooperation mit israelischen Universitäten durchgeführt wird. Diese Regierungen, multilateralen Organisationen und Firmen profitieren somit wissentlich von Israels gesetzwidrigem Einsatz von Gewalt und machen sich so mitschuldig.

Viele Regierungen und die UNO schweigen noch immer angesichts von Israels massivem Arsenal an Atomwaffen, das in der internationalen Zivilgesellschaft als eine der grössten Gefahren für den Weltfrieden gesehen werden. Tatsächlich sind mehrere westliche Regierungen bis heute direkte Komplizen bei der Schaffung, Entwicklung und Stationierung von Israels gewaltiger atomarer Bedrohungsmacht.

Ein umfassendes Militärembargo gegen Israel ist schon lange überfällig. Es wäre ein wichtiger Schritt zur Be-

endung von Israels kriminellem und gesetzwidrigem Einsatz von Gewalt gegen die PalästinenserInnen und andere Menschen und Staaten in der Region, und es wäre eine effektive, gewaltfreie Massnahme, um Druck auf Israel auszuüben, seinen Verpflichtungen unter internationalem Recht nachzukommen:

1. die Besatzung und Kolonialisierung aller arabischen Territorien seit 1967 zu beenden und die Mauer abzubauen;
2. das grundlegende Recht der arabisch-palästinensischen Bürger von Israel auf volle Gleichberechtigung anzuerkennen; und
3. das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr zu ihren Herkunftsorten zu respektieren, zu schützen und zu fördern, wie es die UN-Resolution 194 festlegt.

Aus diesen Gründen ruft die grösste Koalition zivilgesellschaftlicher palästinensischer Organisationen, das Nationale Palästinensische BDS-Komitee (BNC), alle gewissenhaften Menschen, Bewegungen und Organisationen weltweit auf, diesen Aufruf für ein verbindliches und umfassendes militärisches Embargo gegen Israel zu unterstützen und Druck auf Regierungen, multilaterale Organisationen und die UNO sowie private und öffentliche Firmen und Institutionen auszuüben:

1. ab sofort die Versorgung Israels mit Waffen und anderem militärischem Material aller Arten einzustellen, einschliesslich den Verkauf und Transfer von Waffen, Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischen Polizeiausrüstungen, Dual-Use-Gütern und Ersatzteilen für alles vorher Genannte und einschliesslich der Bereitstellung aller Formen von Ausrüstung, Zubehör und Lizenzvereinbarungen für die Produktion sowie die Wartung der erwähnten militärischen Güter;

2. alle militärischen und Dual-Use-Importe (Ausrüstung, Unterstützung und Munition) aus Israel zu stoppen;

3. den Transfer militärischer Güter nach und aus Israel durch nationale Häfen, Territorien und Lufträume zu stoppen;

4. die Kooperation mit der israelischen Armee, mit militärischen Firmen und militärisch relevanten Forschungs- und Entwicklungsprojekten, einschliesslich bi- oder multilateraler Gemeinschaftsunternehmen zu beenden;

5. alle Trainings und Konsultationen mit Militärbezug, in die die israelische Armee oder israelische Militärfirmen und akademische Forschungsinstitutionen involviert sind, einzustellen;

6. jegliche militärische Hilfe für Israel einzustellen;

7. von jedweder Kooperation mit Israel bei der Produktion und Entwicklung von Atomwaffen Abstand zu nehmen und sich für einen atomwaffenfreien Nahen und Mittleren Osten einzusetzen.

BNC – Palestinian BDS National Committee

Quelle

- www.bdsmovement.net: Palästinensische BDS-Kampagne
- Aufruf: www.bdsmovement.net/files/2011/07/BNC-call-for-military-embargo-9-7-20115.pdf (englisch)
- Themendossier: www.bdsmovement.net/files/2011/07/BNC-military-embargo-background-document-9-7-2011.pdf (englisch)
- Deutsche Übersetzung: <http://bds-kampagne.de> > Militärisches Embargo und Redaktion

Impressum

Herausgeberin:

Palästina-Solidarität Region Basel

Postfach 4020, 4002 Basel

www.palaestina-info.ch

Kontakt: info@palaestina-info.ch

Redaktion:

**Birgit Althaler, Urs Diethelm, Hanspeter Gysin,
Peter Haenger, Agnes Küng in Zusammenarbeit
mit BDS Schweiz**

Korrektorat: Alena Wehrli

Layout: Georg Iliev

Spenden an:

Palästina-Solidarität Region Basel

Postfach 4020, 4002 Basel

PC 40-756856-2

IBAN: CH31 0900 0000 4075 6856 2

BIC: POFICHBEXXX

PostFinance AG, Mingerstrasse 20, CH-3030 Bern

Preis: 5.- Sfr./4.- Euro

Neu erschienen

Petra Wild: Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina

Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat

ISBN 978-3-85371-355-6, br., 240 Seiten, 15,90 Euro, mit Landkarten

"Ein grossartiges Buch, von einzigartiger Dichte, voller Quellenangaben, voller weiterführender Literaturhinweise! (...) Endlich ein Buch, das den Siedlerkolonialismus zentral thematisiert, das die Parallelen zu siedlerkolonialistischen Geschehnissen wie der Eroberung Amerikas, der Vertreibung und weitgehenden Ausrottung der Urbevölkerung Australiens, den inzwischen zurückgedrängten Siedlungsaktivitäten der Franzosen in Nordafrika und der Buren in Südafrika deutlich macht. Sieht man mit Hilfe von Petra Wild das Geschehen in Nahost unter Zuhilfenahme dieser Kategorie, so wird deutlich, dass der sog. Friedensprozess lediglich ein recht erfolgreicher Versuch der Verzögerung und Zurückdrängung von Kräften ist, die dem zionistischen Projekt der Landnahme gefährlich werden könnten, durch eine Friedensrhetorik, die dem Beobachter aber kaum die Brutalität der anhaltenden ethnischen Säuberung verdecken kann. Petra Wild rüttelt auf, weil ihre Quellen so aktuell sind und weil das von ihr beschriebene Geschehen sich bis heute weitgehend verstärkt fortsetzt." (www.literatur.palaestina-heute.de, 3.4.2013)

Petra Wild, geboren 1963 in Aarbergen/Hessen, studierte arabische Sprache und Islamwissenschaften in Jerusalem, Leipzig, Damaskus und Berlin. Sie arbeitet als freiberufliche Publizistin vor allem zur Palästina-Frage und zur Arabischen Revolution.



Roadmap to Apartheid

USA 2012, 95 min, Engl. mit dt. Untertiteln

Regie: Ana Nogueira, Eron Davidson

Kamera: Ana Nogueira

Schnitt: Nathaniel Cunningham, Eron Davidson, Ana Nogueira

Ana Nogueira und Eron Davidson, sie eine weisse Südafrikanerin, er ein jüdischer Israeli, zeigen im mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilm die Analogien zwischen dem einstigen rassistischen Südafrika und dem heutigen Israel/Palästina auf. GesprächspartnerInnen sind jüdische und palästinensische MenschenrechtsaktivistInnen, aber auch GegnerInnen des rassistischen Regimes in Südafrika, so beispielsweise Eddie Makue, ehemaliger Generalsekretär des südafrikanischen Council of Churches. Eindrücklich stellen die Autoren Bilder der Unterdrückung und Gewalt aus Südafrika und Israel/Palästina nebeneinander.

Der Film beleuchtet nicht nur die Situation in den besetzten Gebieten, sondern zeigt auch die alltägliche Diskriminierung und systematische Benachteiligung der arabischen Israelis innerhalb der völkerrechtlich anerkannten Grenzen Israels auf. Ins Bild rücken auch Aktivist/innen der weltweiten BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions), die sich am Vorbild der Kampagne gegen das Apartheidregime in Südafrika inspiriert. Als Erzählerin im Hintergrund wirkt Alice Walker, eine afroamerikanische Schriftstellerin und politische Aktivistin, die mit dem Roman «The Colour Purple» berühmt wurde. Gewidmet ist der Film dem südafrikanischen Widerstandskämpfer und Dichter Dennis Brutus.

Als DVD zu beziehen bei Palästina-Solidarität Region Basel, PF 4070, 4002 Basel, info@palaestina-info.ch zum Preis von 30 Fr.



Weitere Publikationen

Spenden für Kolonialismus und Apartheid

Die Grünwaschung von Vertreibung und Enteignung in Palästina durch den Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL), Palästina-Info Spezial, März 2012



Saat des Unrechts

Internationaler Handel mit israelischen Agrarunternehmen und die Zerstörung der palästinensischen Landwirtschaft Broschüre BNC, Februar 2013, dt. Ausgabe



Zu beziehen bei Palästina-Solidarität Region Basel, PF 4070, 4002 Basel, info@palaestina-info.ch zum Preis von Fr. 5 pro Heft

Bild Rückseite: Dooby (Kuscheltier) wird der nach israelischen Plänen gepanzerte Bulldozer von Caterpillar genannt, der geeignet ist, ganze Häuser in einem Zug abzureissen

